

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badisches Volksecho. 1946-1950 1950**

17 (20.1.1950)

Wenn Adenauer dementieren läßt

Winzer, Euch geht es an!

KPD zum Parteitag nach Holland eingeladen

USA greift nach Indonesien

Verlag: Nordbadische Druck- und Zeitungsvertrieb G. m. b. H., Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 415 85. Chefredakteur: Willy Grimm. Vertriebsstellen: Mannheim-Neckarstadt, Mittelstr. 38, Ruf 509 35, Heidelberg, Rohrbacher Str. 13-15, Ruf 3421/25-01, Karlsruhe, Amalienstraße 69, Ruf 4023, Pforzheim, Westliche 77, Ruf 2596, Weinheim, Hauptstr. 88, Ruf 2419.

Volkszeitung für Baden

Erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einsch. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,05 zuz. DM -34 Zustellgebühr. Bankverb.: Allg. Bankgesellschaft Mhm. Kto.-Nr. 140 77. Stadt Sparkasse Mhm. Kto.-Nr. 227. Postcheckamt Karlsruhe Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Siehe Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entgegenkommen in Mannheim, S 3, 10, Ruf 432 60, und in den Vertriebsstellen.

Jahrgang 5 / Nr. 17

Freitag, 20. Januar 1950

Preis 15 Pf.

ECA-Vertrag gibt wirtschaftliche Selbständigkeit unverhohlen preis

Abg. Rische im Bundestag: „Nach seiner Ratifizierung wird nichts mehr in der Wirtschaft heilig sein“

Bonn (Sid). „Es ist bezeichnend für den staatsrechtlichen Status der Adenauer-Regierung, daß ihr erster sogenannter Staatsvertrag die völlige Abhängigkeit der westdeutschen Wirtschaft von den amerikanischen Monopolen zur Staatsräson erhebt.“ Dies stellte der bekannte kommunistische Wirtschaftspolitiker Abg. Fritz Rische im Bundestag fest, als er dem Marshallplan-Minister Blücher auf die Begründung des Marshallplan-Abkommens zwischen der Hohen Kommission der USA und dem Kabinett Adenauer antwortete. In dem Marshallplan-Vertrag werde mit unverhohlener Brutalität alles preisgegeben, was unter wirtschaftlicher, Selbständigkeit und nationaler Unabhängigkeit zu verstehen ist. Nach der Ratifizierung des Marshallplan-Vertrages wird in der deutschen Wirtschaft nicht mehr heilig sein: Nicht mehr die Menschen, die Rohstoffe, die Handelsbücher und die Geschäftsspiere; nicht mehr die Lagerbestände, Fabrikanlagen und die Kreditinstitute.

Das gehe so weit, sagte Rische weiter, daß sich das Kabinett Adenauer verpflichtet, Kontraktarbeiter für das amerikanische Großkapital zu liefern. „Dies ist die modernste Form der Sklaverei“, rief er aus. „Deutsche Arbeiter können demnach in den Besetzungszentren Westeuropas eingesetzt und zu Kulis herabgewürdigt werden. Weiter verpflichtet sich dieser Bundesstaat, deutsche Rohstoffe, deutsche Produktionsstätten, Hilfsquellen und Vorräte praktisch den amerikanischen Monopolen zu übergeben, falls die Hilfsmittel der USA nicht ausreichen. Deutsche Hilfsquellen und Rohstoffe werden dem Rüstungs- und Kriegspotential des amerikanischen Imperialismus einverleibt.“

Meistbegünstigungsklauseln für die amerikanischen Monopole, zum Schaden der westdeutschen Wirtschaft, werden gegeben und der Wirtschaftsspieler wird Tür und Tor durch das Marshallplan-Abkommen geöffnet. Schließlich und endlich darf das deutsche Volk die Propaganda für diesen Ausverkauf der deutschen Wirtschaft auch noch mit 7 bis 8 Millionen DM aus Bundesmitteln bezahlen. Diese Propaganda soll wahrscheinlich darüber hinwegtäuschen, daß die Marshallplan-Politik schon längst bankrott ist. Daß die Marshallplan-Lieferungen keine Geschenke sind, wie das die Propaganda bisher dem deutschen Volk einzureden versuchte, wird in dem Marshallplan-Vertrag dankenswerter Weise eingestanden, denn alle Forderungen gegenüber Deutschland sind aus dem Erlös deutscher Exporte zurückzahlen. Diese Forderung auf Rückstellung, erklärte Rische weiter, wird sich von nun an als eine Drohung gegenüber dem westdeutschen Staat erweisen. Sie ist eine ständige Waffe der USA zur Festigung ihrer politischen und wirtschaftlichen Forderung gegenüber Westdeutschland. Auch sollen frühere Verpflichtungen mit der runden Summe von 13 Milliarden DM zurückbezahlt werden.

Diesen Vertrag als einen politischen Erfolg hinzustellen ist also höchst lächerlich.

Gegen Schmutz- und Schundgesetz

München. Der „Bayerische Schutzverband deutscher Schriftsteller“ hat sich in einem Beschluß mit scharfen Worten gegen die geplante Schmutz- und Schundgesetzgebung gewandt, wie sie augenblicklich von der bayerischen Regierung vorbereitet wird. Nach den bisherigen Erfahrungen sei zu befürchten, daß ein solches Gesetz zur Knebelung der Meinungsfreiheit oder zu einem Kampf gegen literarisch hochwertige Veröffentlichungen mißbraucht werden könnte. Die bereits geltenden Paragraphen des Strafgesetzbuches reichen nach Ansicht des Verbandes für den notwendigen Kampf gegen Schund und Schmutz aus.

Am Streiflicht gesehen

Hakenkreuzpaß noch immer gültig Rom. Die vor 1945 ausgestellten deutschen Reisepässe mit den Dienstsiegeln des Dritten Reiches werden in Italien als gültige Personalausweise angesehen. Verschiedene Stellen bestätigten hier das „Kuriosum“, daß die alten Reichspässe in Deutschland ungültig seien, während sie im Ausland weiter anerkannt werden. Angeblich soll der alte deutsche Reisepaß den italienischen Behörden mehr Sicherheit über die Identität des Inhabers bieten, als die Nachkriegsausweise.

Protestierende Bauern in Paris Paris. 20 000 Bauern aus zehn Departements protestierten in mehreren Pariser Versammlungssälen gegen die Landwirtschaftspolitik der Regierung. Die Kundgebungen gingen in aller Ruhe vor sich. Da insbesondere der von der Regierung festgesetzte Richtpreis für Zuckerrüben einen Gegenstand der Auseinandersetzung bildete, führte ein Teil der Bauern auf Spazierstöcke gesteckte Zuckerrüben als gemeinsames Feldzeichen mit sich.

Massenflucht aus dem Überschwemmungsgebiet des Mississippi New York. Tausende von Flüchtlingen verließen in endlosen Lastwagenkolonnen die von dem stetig steigenden Mississippi bedrohten Niederungsgebiete des Staates Missouri. Der Flüchtlingsstrom wächst mit

Er hat nicht den Charakter eines echten Staatsvertrages, sondern den eines Vertrages des Kabinetts Adenauer mit den Hohen Kommissaren. Dieses Abkommen verschafft den Amerikanern Exterritorialrechte auf deutschem Boden, sowie die wirtschaftliche und politische Kontrolle des gesamten politischen und wirtschaftlichen Lebens.

Freiburg. (E.B.) Der Aeltestenausschuß des badischen Landtages hat zu einem Schreiben des Präsidenten des niedersächsischen Landtags, Olfers, Stellung genommen, in dem dieser für die Immunität der Landtagsabgeordneten auch gegenüber den Gerichten der Besatzungsmächte eintritt. Einmütig wurden vom Aeltestenausschuß des badischen Landtags die von Landtagspräsident Olfers dargelegten Auffassungen über die Immunität der Abgeordneten gebilligt. Der Aeltestenausschuß beauftragte den badischen Landtagspräsidenten,

Weitere Demontagen befohlen

Feinblech-Walzwerk bei Krupp wird abgebaut — Adenauer-Bluff entlarvt Düsseldorf. (Eig. Ber.) Von der britischen Militärregierung wurde der Verwaltung der Krupp-Werke in Essen der Befehl übermittelt, mit der Demontage des Feinblech-Walzwerkes II zu beginnen. Damit ist wiederum der Beweis erbracht, daß der vom Bonner Regierungschef Dr. Adenauer vor einiger Zeit verkündete „Demontagestop“

Mit der Demontage des Feinblech-Walzwerkes verlieren bei Krupp 1000 Arbeiter Lohn und Brot. Der Betriebsrat von Krupp hat wegen dieses Demontagebefehls bereits eine Delegation zum Wirtschaftsministerium nach Bonn entsandt.

Demontage der Reihertieg-Werft

Hamburg. (Eig. Ber.) Vertreter der britischen Besatzungsmacht haben mitgeteilt, daß in Kürze mit dem Beginn der Demontage der noch vorhandenen Anlagen und Einrichtungen in der Reihertieg-Werft gerechnet werden müsse. Dies gab der Betriebsratsvorsitzende der Deutschen Werft in Hamburg, Hein Fink, auf einer Protestkundgebung in Hamburg gegen den Demontagestop-Prozeß bekannt. Hein Fink wies darauf hin, daß noch im November 1949 von der zuständigen Stelle der britischen Besatzungsmacht versichert wurde, es würden keine Anlagen abgebaut, die für eine künftige Verwendung geeignet seien.

dem Anschwellen des größten Flusses der Vereinigten Staaten stündlich. Nach Schätzungen des Roten Kreuzes sind allein aus einem Landkreis von Missouri rund 9000 Menschen geflüchtet. (Nach Reuter.)

Der Gemeindebulle tobt Hilpoltstein (Oberfranken). In Landersdorf, Kreis Hilpoltstein, trieb der wildgewordene Gemeindebulle die erschrockenen Bauern auf die Bäume und tobte durch das ganze Dorf. Er konnte erst nach längerer Zeit von einem Bauern wieder eingefangen werden, der ihm von einem Baum herab ein Lasso überwarf. Die erbosten Bauern verkauften den Bullen sofort an einen auswärtigen Viehhändler.

Beulenpest in Südwafrika Windhuk (Südwafrika). Aus der Umgebung von Windhuk in der früheren deutschen Kolonie Südwafrika werden Fälle von Beulenpest gemeldet. Unter den bis jetzt festgestellten zehn Erkrankungsfällen sind neun Eingeborene und ein Weißer.

Zwei Leprafälle in Italien Ferrara. In der Nähe der norditalienischen Stadt Ferrara wurden zwei Fälle von Lepra festgestellt. Zwei Brüder, die sich die Krankheit angeblich von Verwandten zugezogen hatten, die aus Argentinien zurückgekehrt waren, wurden in die Leprakolonie bei Genua eingewiesen. (Nach Reuter.)

„Satrapen und römische Statthalter mögen sich von ihren unterdrückten Völkern ähnliche Beträge erzwungen haben“, sagte Rische zum Schluß. „Für unser Jahrhundert jedenfalls ist dieser Vertrag ohne Beispiel und kennzeichnet den kolonialen Zustand im Westen Deutschlands.“

Als Rische geendet hatte, war selbstverständlich der Marshallplan-Minister Blücher gezwungen, den wahren Charakter des Marshallplanes einzugestehen, daß er nämlich nicht dem deutschen Volke dienen solle, sondern einen „Schutz gegen den Kommunismus“ darstelle. Rische stellte dagegen nochmals den Willen des deutschen Volkes fest, diesem Marshallplan festen nationalen Widerstand entgegenzusetzen.

Schiffsbauaufträge durch die Alliierten abgewiesen Hamburg. Die zuständigen alliierten Stellen haben einen Antrag der deutschen

Militärjustiz soll Abgeordneten Immunität respektieren

Stellungnahme des badischen Landtages und des hessischen Landtagspräsidenten

Dr. Person, den Beschluß dem Präsidenten des Bundestages zuzuleiten, mit der Bitte, daß auch dieser sich in gleichem Sinne der Angelegenheit annehme.

Hessens Landtagspräsident

Wiesbaden. (E.B.) Der hessische Landtagspräsident Otto Witte (SPD) nahm gegenüber einem Pressekorrespondenten eindeutig Stellung für den Schutz der Immunität des niedersächsischen Landtagsabgeordneten Robert Lehmann, der im Demontagestop-Prozeß vor einem britischen Mil-

itärgericht angeklagt ist, weil die von ihm mit herausgegebene „Niedersächsische Volksstimme“ einen Aufruf der KPD zur Verhinderung weiterer Demontagen in Salzgitter veröffentlichte.

Der Streik ist fällig

Sofortige Einberufung der Ruhrrevier-Konferenz gegen die Verschleppung der Lohnverhandlung gefordert

Essen. (Eig. Meld.) Auf einer Protestdemonstration gegen die neuerliche Verschleppung der Lohnverhandlungen im Bergbau erklärte der Vorsitzende der Schachtanlage Westfalen, Ernst Gerber, unter dem stürmischen Beifall aller Delegierten: „Wir können keinesfalls wiederum einer erneuten Verschleppung der Verhandlungen zustimmen. Jetzt müssen wir endgültig einen Zeitpunkt festlegen und den reaktionären Zechenherren ein Ultimatum setzen. Die Frage steht jetzt: Entweder — oder. Wenn unsere Forderung auf Lohnerhöhung nicht anerkannt wird, ist der Streik fällig.“ Gerber stellte dann den Antrag, vom Vorstand der Industriegewerkschaft „Bergbau“ zu verlangen, daß sofort eine Ruhrrevierkonferenz einberufen wird, auf der bindende Beschlüsse über einen Streik zur Durchsetzung der berechtigten Forderung

wertf Hamburg auf Neubau von drei Tankern von je 11 600 BRT für einen südamerikanischen Abnehmer abgelehnt.

Akt gegen Lebensrechte der Schaffenden

Singen. (E.B.) Die Teilnehmer einer Arbeitstagung der Kommunistischen Partei des Landkreises Konstanz in Singen nahmen zu der Weiterführung der Demontage der Reichswerke Watenstedt-Salzgitter Stellung. Die Teilnehmer sahen in den Bestimmungen des Petersberger Abkommens für die Reichswerke und in den in der Tat weitergeführten Demontagerbeiten die Zerstörung der Existenzgrundlage von 8000 Arbeitern und ihren über 20 000 Menschen zählenden Angehörigen. Sie forderten alle wirklich sozialdenkenden Deutschen auf, ihre Stimme zu erheben, damit dem Unheil, das so vielen Menschen droht, Einhalt geboten werden kann.

... auch nicht nach Drohung mit Verhaftung!

Hannover. (E.B.) Auf die Aufforderung des britischen Militärgerichtes an den Abg. Robert Lehmann, der im Demontagestop-Prozeß angeklagt ist, sofort mitzutreten, ob er die gegen ihn erhobene Anklage zur Kenntnis nehmen und vor dem Militärgericht erscheinen werde, hat dieser einen Protest an die Hohe Kommission gegen die vorliegende Verletzung der Immunitätsrechte gerichtet.

Er teilte der Hohen Kommission mit, daß auch die Drohung mit Verhaftung, die von dem Militärgericht ausgesprochen wurde, ihm nicht bewegen könne, die gegen ihn erhobene Anklage zur Kenntnis zu nehmen und vor dem Militärgericht zu erscheinen.

der Bergarbeiter auf Lohnerhöhung gefaßt werden. Falls die Verhandlung am Freitag wiederum mit einer Vertagung enden sollte, könne der Beschluß der sofort einzuberufenden Ruhrrevierkonferenz nur die Streikproklamation auf allen Zechen des Ruhrgebietes für den kommenden Samstag sein. Im Ruhrgebiet steht von jetzt an die Frage des Kampfes, so schloß Kollege Gerber seine Ausführungen, und ließ über einen Antrag abstimmen, der gegen nur 5 Stimmen begeistert angenommen wurde.

Während die Bergarbeiter eine generelle Lohnerhöhung von 3 Mark pro Mann und Schicht fordern, verlangt die Industriegewerkschaft Bergbau eine Lohnerhöhung von 12 Prozent. Diese minimale Forderung ist den Kohlenherren zu hoch, denn wie aus den Kreisen der Kohlenbergbauleitung bekannt geworden ist, haben die Zechenvertreter Vollmacht gehabt, einer Lohnerhöhung bis zu 6 Prozent zuzustimmen. Unter dem Druck der einmütigen Entschlüsse und der anwesenden Delegierten der Schachtanlagen lehnte die Tarifkommission der IG „Bergbau“ dieses der Preisentwicklung Hohn sprechende Angebot ab. Leider unterließen sie es, den anwesenden Delegierten nähere Erklärungen über das Scheitern zu geben.

Verzögerte Seilfahrt Auf fast allen Schachtanlagen verzögerte sich am Montag infolge der Belegschaftsversammlungen die Seilfahrt. Die Einheitlichkeit des Willens der Bergarbeiter, an ihren Forderungen festzuhalten, wird immer wieder unterstrichen. Der Hauptvorstand wird sich der unmissverständlichen Forderung auf Einberufung einer Ruhrrevierkonferenz nicht entgegenstellen können. Am Freitag werden die Delegierten noch zahlreicher aufmarschieren als am Montag, und die Kampfschlossenheit wird die Zechenherren zum Nachgeben zwingen.

IG Bergbau tagt Bochum. (Nach dpa) Die Industriegewerkschaft Bergbau hält am Sonntag in Gelsenkirchen eine Delegiertentagung ab, auf der 800 bis 1000 Delegierte des Ruhrgebiets zur Frage der Lohnerhöhung im Bergbau Stellung nehmen werden.

Im Kampf um den Frieden

Auszug aus der Rundfunkrede des Vors. der KPD, Baden, Erwin Eckert, am 17. Januar 1950

Seitdem Bundeskanzler Adenauer im Bonner Parlament bestätigte, daß die Aufstellung eines deutschen Kontingents im Rahmen einer Armee der europäischen Föderation, wie er sich ausdrückte, zu erwägen sei, reißt die mehr oder minder deutlichen Hinweise auf eine Remilitarisierung Westdeutschlands im Rahmen des Atlantikpaktes nicht mehr ab.

Die militärischen Ratgeber der westlichen Großmächte haben bekanntlich die Aufstellung deutscher Truppenkontingente in einer sogenannten „europäischen Armee“ befürwortet. Führende amerikanische, englische und französische Zeitungen bringen in einer ununterbrochenen Serie von Artikeln zum Ausdruck, daß diese Aussicht der Aufstellung westdeutscher Truppen ins Auge gefaßt werden müsse. Man ist sich nur noch nicht über den Zeitpunkt einig.

Die TIMES schreibt z. B. vor kurzem: „Es wäre verrückt, die Deutschen für eine europäische Armee auszubilden, bevor diese Armee besteht. Aber ohne deutsche Mitarbeit wäre es“, so fährt der Artikel fort, „schwierig und vielleicht unmöglich, die russischen Armeen an der Elbe oder am Rhein aufzuhalten.“ Kommentatoren westdeutscher Rundfunksender haben Herrn Adenauer kritisiert, aber nicht etwa, weil er die Bewaffnung eines deutschen Kontingents in Aussicht stellte, sondern weil er zu früh mit dieser Konsequenz der von ihm verfolgten Politik in die Öffentlichkeit trat, die auch die Politik der Herren Blücher und des Herrn Dr. Schumacher ist.

Besonders „tapfere Krieger“ sprechen jetzt schon davon, daß westdeutsche Divisionen an der Elbe den Ansturm aus dem Osten zum Schutz der angeblich bedrohten Freiheit aufhalten müssen. Es ist hohe Zeit, diesen Plänen mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten und der Kriegshysterie ein Ende zu bereiten.

„Wenn unsere beiden Völker“, so führte Stalin in seiner Botschaft bei der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik aus, „mit gleicher Anspannung der Kräfte ihre Entschlossenheit bekunden werden, für den Frieden zu kämpfen, mit der sie den Krieg führten, so kann der Friede in Europa als gesichert betrachtet werden.“

Schon die Propagierung eines möglichen dritten Weltkrieges ist ein Verbrechen.

Ein Mitglied des amerikanischen Repräsentantenhauses schrieb am 4. November 1949 im Organ des Kongresses über die Absichten der kriegslüsteren Imperialisten: „Auf dem Kriegsschauplatz Westdeutschlands, zwischen Elbe und Rhein werden wir alle Brücken zerstören. Wir werden alle Schächte ersäufen. Wir werden alle Fabrik-schornsteine vom Erdboden tilgen. Wir werden alles zerstören, was die Kommunisten verwenden könnten.“ Diese allzu bekannten Methoden der verbrannten Erde in einem neuen Weltkrieg können nur dann im Keime erstickt werden, wenn unser Volk unter der Führung der geeinten Arbeiterklasse die Politik des Herrn Adenauer, seiner Regierung und seiner Trabanten unmöglich macht und die Eingliederung Westdeutschlands in den Atlantikpakt verhindert. Die Bevölkerung Westdeutschlands muß sich ohne Unterschied der Konfession, der politischen Anschauung und der Parteizugehörigkeit in Friedensausschüssen zusammenfinden zu gemeinsamen Kampf um die Erhaltung des Friedens. Sie steht in diesem Kampf nicht allein. 800 Millionen Menschen im Lager des Friedens stehen neben ihr. Eine breite Protestwelle gegen die dem Krieg bereiten deutschen Reaktionen muß die Bonner Regierung zwingen, unmissverständlich und eindeutig zu erklären, daß Westdeutschland sich unter keinen Umständen, weder jetzt noch später in eine Kriegsfront gegen die Sowjetunion einordnen läßt. Die Bonner Regierung muß gezwungen werden, ein gesetzliches Verbot zu erlassen gegen die Aufstellung militärischer oder militärähnlicher Formationen und gegen jede Form eines Arbeitsdienstes. Jede direkte oder indirekte Kriegspropaganda in Versammlungen, Presse oder Rundfunk muß als Verbrechen gegen die Menschlichkeit verboten und strafrechtlich verfolgt werden. Jede beabsichtigte Waffenherstellung, jede Ausnutzung der durch das Ruhrstatut unter die Botmäßigkeit der Imperialisten gestellten Betriebe zur Produktion von Kriegsmaterial muß unmöglich gemacht und der Generalstreik aller arbeitenden Menschen in Zechen, Gruben und Fabriken für den Frieden zur sittlichen Forderung erhoben werden. Nichts wäre gefährlicher als die Unterstützung der mannigfachen Mittel und Möglichkeiten der Kriegspolizei, die Völker Westeuropas für ihren Zweck gefügig zu machen. Sie versuchen mit List und Gewalt, mit Drohungen und Versprechungen, mit Lügen und Verleumdungen gegen die Sowjetunion die Hemmungen in unserem Volk gegen einen neuen Krieg auszuschalten. Es gilt darum, alle Kräfte, die den Frieden wollen, alle Väter und Mütter, die nicht wollen, daß ihre Söhne als Soldaten sterben müssen, alle Frauen, die nicht wollen, daß ihre Männer zugrunde gehen, alle jungen Menschen, die sich nach einem erfüllten Leben in friedlicher Arbeit sehnen, aufzurufen, mit uns Kommunisten als den Vorkämpfern für den Frieden, die Einheit und nationale Unabhängigkeit unseres Vaterlandes, eine große Front des Widerstandes gegen Krieg und Vernichtung



Neue Ruhrkohlenpreise ergeben Defizit von 20 Millionen. — Durch Erhöhung der Schichtleistung im Bergbau kann das ausgeglichen werden — so sagt Bundeswirtschaftsminister Erhard

aufzurichten. Die wenigen Worte dieser Sendung sollen die Friedensfreunde der badischen Bevölkerung zur Sammlung rufen. Wer für eine friedliche Zukunft Deutschlands kämpfen will, muß dafür sorgen, daß alle, die dem Frieden zu dienen bereit sind sich auch in unserem Lande zusammenfinden, um die gefährliche Kriegspropaganda zu entlarven und unser Volk vor der drohenden Gefahr eines neuen Weltkrieges zu bewahren.

**Finnische Volksdemokraten überflügeln SP**

Helsingfors. Die finnische Wahl, bei der die Wahlmänner für die Abstimmung über den künftigen finnischen Staatspräsidenten gewählt wurde, hat einen beachtlichen Zuwachs der Stimmen für die Volksdemokraten in Finnland gebracht. Zum ersten Male haben die Volksdemokraten die Sozialdemokratie überflügelt. Sie erhielten 66 Wahlmänner gegenüber vorher 56, während die Sozialdemokratie von 82 auf 65 zurückfiel. Der Verlust der Sozialdemokraten und der Gewinn der Volksdemokraten wird als Folge der Tatsache gewertet, daß ähnlich wie 1932 in Deutschland die SPD für Hindenburg, die finnische SP für den von den Konservativen vorgeschlagenen bisherigen Staatspräsidenten Paasikivi stimmte.

**Marshallplan-Güter auf USA-Schiffen**

Washington. (Nach dpa) Der Sachbearbeiter für Schiffahrtangelegenheiten bei der deutschen ERP-Mission in den USA, von Biel, ist in Washington eingetroffen. Er wird dort die Verfrachtung der Marshallplangüter wahrnehmen, die zu 50 Prozent auf amerikanischen Schiffen befördert werden müssen.

**„Großmacht Formosa“**

Amerikanische Hoffnung auf Sprengung der UN bleibt unerfüllt  
Berlin. (EB) Die Kette der Anschläge der Westmächte auf die UN wurde fortgesetzt, betont politische Beobachter in Lake Success, zu den Vorwürfen, die sich in Zusammenhang mit den chinesischen Entscheidungen der USA abspielten. Die sowjetischen Delegierten hatten aus Protest gegen die illegale Anwesenheit der Vertreter der „Großmacht Formosa“ auch den Verfahrensausschuß des Wirtschafts- und Sozialrates, den Flüchtlingsausschuß und den Ausschuß zum Schutz der Minderheiten verlassen.

Die genannten Kreise verweisen darauf, daß es schon seit längerem der Plan der USA ist, die UN zu sprengen und sie nur einen Vorwand suchten, um ihr Vergehen an den Völkern zu vertuschen. Sie glauben jetzt, die Gelegenheit wäre günstig. Doch verfolge die „Haltet-den-Dieb-Methode“ nicht mehr.

Der aggressive Kurs der Westmächte sei zu offensichtlich, als daß sie heute immer noch damit täuschen könnten. Er führe von dem skrupellosen Gebrauch der UN-Abstimmungs-Maschinerie auf den kriegerischen Atlantikpakt, zu der heutigen provokierten Situation. Die klare Friedenspolitik der Sowjetunion und die Entwicklung in China würden jedoch alle Anschläge auf die weltumspannende UN zunichte machen.

**Höchste Alarmstufe**

Wenn Adenauer dementieren läßt  
Herr Bourdieu war sehr aufgeregt am Samstag. Herr Bourdin ist nämlich Herr Adenauers Bundespresseschef.  
Da hatten doch alliierte Beamte in Frankfurt erklärt, daß einige deutsche Generale Herrn Adenauer Pläne für eine westdeutsche Armee vorgelegt haben. Stimmt nicht, sagt Herr Bourdin, und setzt damit die Dementierspritze in Tätigkeit. Militärische Besprechungen mit ehemaligen Generalen habe Dr. Adenauer nicht geführt. Wörüber also hat er sich mit ihnen unterhalten, da doch die Gespräche selbst nicht abgestritten werden. Ueber das milde Wetter, das uns dieser Winter bisher brachte? Und dann Herr Bourdin wörtlich:

„Es sei kein Fünkchen Wahrheit in den Berichten, wonach als Mindestforderung die Aufstellung einer Infanterie-Division bis Juni 1950 und die Aufstellung eines Panzerkorps bis 1951 vorgeschlagen sein sollte.“

Dieses Dementi ist in Wirklichkeit keines, denn nur Einzelheiten über die Remilitarisierungsverhandlungen werden bestritten, wie die Anzahl der Divisionen und Korps und die Daten, mit denen bei ihrer Aufstellung zu rechnen ist. Nicht bestritten wird, daß Verhandlungen überhaupt stattfinden.

Der Massensturm der Entrüstung, den Adenauers Remilitarisierungsreden und -interviews im deutschen Volke, insbesondere in der deutschen Jugend hervorgerufen haben, die nicht wieder Schlachtvieh für den Imperialismus, diesmal für den fremden, für die Aufrechterhaltung und Ausbreitung der Herrschaft großer Kolonialherren sein will, hat ihn nicht veranlaßt seine Pläne aufzugeben und öffentlich von ihnen abzubreiten. Im Gegenteil. Wie aus den Erklärungen der alliierten Beamten in Frankfurt geschlossen werden muß, ist Dr. Adenauer von der Propaganda für die Aufstellung eines „deutschen Kontingents in einer europäischen Armee“ zu Aufstellung von Plänen übergegangen, die der Verwirklichung seiner Absichten dienen sollen.

Die Erklärung der alliierten Offiziere und das sogenannte Dementi des Herrn Bourdin sind alarmierend. Sie sollen alle Deutschen veranlassen, im Kampf gegen Adenauers Remilitarisierung nicht zu erlahmen, sondern ihn überall aufzunehmen und weiterzuführen.

Solche Protestkundgebungen, wie am 12. Januar von Offenbacher Forum veranstaltete, die einen Massenbesuch aufzuweisen hatte, deren Teilnehmer in einer Entscheidung versprochen, „mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln auch jeden Versuch einer Remilitarisierung zu verhindern“, sind unerhört wichtig und wertvoll. Noch mehr muß geschehen, damit der Kampf gegen den Krieg erfolgreich sei. Man muß ihn organisieren, z. B. durch die Schaffung von Friedenskomitees in Stadt und Land. Das ist eine Empfehlung des Informationsbüros der kommunistischen und Arbeiterparteien, niedergelegt in seiner Entscheidung „Verteidigung des Friedens und Kampf gegen die Kriegstreiber.“ Sie sollte überall befolgt werden. I. H.

**Adenauer ist kein Verfechter der deutschen Sache**

Nur die Kommunisten kämpfen gegen Lostrennung des Saargebiets

Dr. Adenauer hat sich am Montag den Anschein eines Verfechters der nationalen deutschen Sache geben wollen, als er auf einer Pressekonferenz die Bevölkerung des Saargebietes dazu aufrief, gegen die Pläne seines Kollegen und Parteifreundes an der Saar, des Christlichen Volksparteilers und Ministerpräsidenten Hoffmann zu wenden. An der Saar nämlich gehen die Separatisten, die die Regierung in der Hand haben, konsequent den Weg der völligen Auslieferung ihrer engeren Heimat an Frankreich.

„Was hat Dr. Adenauer der Politik seiner Freunde an der Saar an Positivem entgegenzusetzen?“

„Vielleicht könnten — um einmal den Gedanken zur Debatte zu stellen — die Ideen und Erwägungen des Ruhrstatuts auf die Saar, vielleicht auch auf die Eisenerze Lothringens ausgedehnt werden... Das Ruhrstatut sollte doch eine europäische Wirtschaft einleiten. Der Marshallplan verlangt auch, daß nun die mehr regionalen Gesichtspunkte in der Wirtschaft oder die rein ländermäßigen Gesichtspunkte der Wirtschaft gegenüber den europäischen Gesichtspunkten zurücktreten sollen.“

Dr. Adenauer will also — denn das ist der Kern der Sache — die Lostrennung von einem Stück Deutschland und seine vollständige Angliederung an Frankreich ersetzen durch die Heiligsprechung der Umwandlung Westdeutschlands in eine Kolonie des Imperialismus, unter dem Deckmantel wirtschaftlicher Hilfe. Wie man sieht, scheute er sich auch nicht, wiederum auch in diesem Zusammenhang das Ruhrstatut anerkennend zu erwähnen.

Adenauer erklärte im Verlaufe der Pressekonferenz, als er von dem Eigentum des ehemaligen Deutschen Reiches an den Saargruben sprach, daß alles frühere Reichseigentum im Gebiete der Deutschen Demokratischen Republik seinem, Adenauers Separatstaat Westdeutschland gehöre. Nicht nur lächerlich ist, was Adenauer sagte. Zugleich zeigte er seine Volksfeindlichkeit; denn der ehemalige Reichsbesitz in der Deutschen Demokratischen Republik ist

längst Eigentum des deutschen Volkes geworden.

Gefährlich, weil antinational, ist Adenauers Versuch, die völkerrechtswidrige Lostrennung des Saargebietes von Deutschland in einem Atemzuge zu nennen mit der Festlegung der Oder-Neiße-Linie. Die Festlegung der Oder-Neiße-Linie erfolgte auf der Potsdamer Konferenz, durch die Regierungschefs der Großmächte England, Amerika und die Sowjetunion. Wenn dort auch von einer endgültigen Regelung gesprochen wird, die bei Abschluß des Friedensvertrages erfolgen soll, so ist doch klar, daß es sich dabei nur um geringfügige Änderungen aus kartographischen Gründen handeln könnte. Es handelt sich um Wiedergutmachung und um Sicherheit gegen neue Ueberfälle von Deutschland aus, die Polen und der Sowjetunion gewährt wurden. Deshalb ist die Oder-Neiße-Linie die Friedensgrenze.

Die Lostrennung des Saargebietes von Deutschland bedeutet dagegen die Lösung seiner jetzigen Bewohner von ihrer Heimat Deutschland, bedeutet schwere wirtschaftliche Nachteile für sie und für ganz Deutschland. Dr. Adenauer konnte sich nicht im Unklaren darüber sein, daß er der Lostrennung des Saargebietes von Deutschland das Wort redete, wenn er sich bei der Behandlung dieser Frage in irgend einer Weise auf die Oder-Neiße-Linie bezog.

An der Saar gibt es nur eine Partei, die gegen den Separatismus, gegen die Lostrennung des Saargebietes von Deutschland kämpft, das ist die kommunistische Partei. Sie findet dabei einen tiefen Widerhall im Volke. In ganz Westdeutschland ist die KPD die einzige Partei, die den Kampf gegen die Verwandlung Westdeutschlands in eine Kolonie führt und organisiert, die zum Kampf aufruft für die nationale Unabhängigkeit und für die Einheit unseres Vaterlandes in der Deutschen Demokratischen Republik. So kämpft sie auch für Arbeit und Brot und für den Frieden. I. H.

**Nach Holland zum Parteitag eingeladen**

Genosse Robert Lehmann, Angeklagter im Demontagestop-Prozeß, Delegiertenführer

**„De Waarheid“, Amsterdam in eigener Druckerei**

Frankfurt a. M. (EB) Der Parteivorstand der KPD hat an die Chefredaktion „De Waarheid“ nachstehenden Brief gesandt:

Werte Genossen!

Mit großer Freude nahmen wir Kenntnis davon, daß Eure Zeitung „De Waarheid“ vom 21. Januar ab auf eigener Rotationsmaschine in eigener Druckerei hergestellt werden wird. „De Waarheid“, das Organ der Kommunistischen Partei der Niederlande, ist in Eurem Lande die einzige Zeitung, die Tag für Tag der Arbeiterklasse und dem ganzen Volke Wegweiser ist in den Kämpfen um Lohn und Brot, um die Verteidigung der materiellen Existenz. Zu gleicher Zeit kämpft Ihr gegen den amerikanischen Imperialismus, der Eurem Land und Volk die nationale Unabhängigkeit nimmt. Im Kampf gegen die

Kriegsbrandstifter und für die Verteidigung des Friedens steht „De Waarheid“ auf vorgeschobenen Posten. Die Hilfe, die Ihr dem indonesischen Volk in seinem Kampf um die Befreiung aus den Fesseln des Imperialismus verleiht, zeigt, daß sich bei Eurer Arbeit wahrer Internationalismus mit wahrem Patriotismus in eins verbindet.

Ihr habt nie das deutsche Volk gleichgesetzt mit der verbrecherischen Nazidique und ihren Banden, die so viel Unheil über Euer Land und Euer Volk brachten. Jetzt vertritt Ihr, getreu den Beschlüssen Eurer Partei, das Kampfbündnis der Friedenskräfte in den Niederlanden mit den Friedenskräften in Deutschland. Unseren großen internationalen Kundgebungen für den Frieden am 7. und 8. Januar in Düsseldorf, Essen und Dortmund, zu denen das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Niederlande den Genossen Jan Haken entsandte, habt Ihr große Aufmerksamkeit geschenkt und bei Eurer Berichterstattung einen hervorragenden Platz in Eurem Blatte eingeräumt.

Wir sind der Ueberzeugung, daß „De Waarheid“ mit eigener Rotationsmaschine im eigenen Hause ausgerüstet, der Kommunistischen Partei der Niederlande und ihrem Zentralkomitee noch wirksamer als bisher helfen wird, ihre großen Aufgaben als Führerin der niederländischen Arbeiterklasse und des niederländischen Volkes zu erfüllen. In diesem Sinne übersenden wir Euch am Beginn eines neuen Abschnittes in der Existenz Eurer Zeitung „De Waarheid“ zusammen mit den besten Glückwünschen brüderliche Kampfesgrüße.

Der Parteivorstand der KPD, Max Reimann.

**Die Rolle Japans als USA-Satellit**

Washington. (HVZ) Mit der Begründung, die USA könne es sich nicht leisten, Japan als vorgeschobenen Stützpunkt zu verlieren, tritt die Marinezeitschrift „US-Naval Institute Proceedings“ für eine Remilitarisierung Japans ein. Das damit verbundene Wiederaufleben des japanischen Militarismus wird von der Zeitschrift, die vom Chef der Flottenoperationen herausgegeben wird, als „das kleinere Uebel“ gegenüber einer Besetzung durch USA-Truppen auf unbegrenzte Zeit bezeichnet. Die Zeitschrift ist der Ansicht, daß die von den USA-Besatzungsbehörden zugelassene bewaffnete Polizeitruppe in Stärke von 100.000 Mann „durchaus als Kern einer neuen japanischen Armee dienen könnte“. In der bereits bestehenden Küstenwache sei auch die Grundlage für den Aufbau einer neuen Marine vorhanden.

Die den von den USA Gebieten zugeordnete Rolle als Bollwerk im „Kalten Krieg“ wird damit ein zweites Mal mit zynischer Offenheit dargelegt. Für Westdeutschland ist diese Gefahr auch nach dem Adenauer-„Dementi“ weiterhin akut. Nur der Zusammenschluß aller friedlichen Kräfte in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland kann eine solche verhängnisvolle Entwicklung verhindern und den friedlichen Aufbau Deutschlands sichern.

**Gesellschaft zum Studium der Sowjetunion**

Nach Frankfurt, Hannover und Hamburg wurde in den letzten Tagen auch in Kassel und Stuttgart die „Gesellschaft zum Studium der Sowjetunion“ gegründet. Männer und Frauen aus den Betrieben, aus Politik, Wissenschaft und Kunst haben sich für die Mitarbeit in der Gesellschaft zur Verfügung gestellt, z. B. in Hamburg der bekannte Verleger Ernst Rowohlt dem Vorstand der Gesellschaft an.

Die Gesellschaft hat sich zur Aufgabe gemacht, die Bevölkerung Westdeutschlands über die Kultur, die Wirtschaft und die Gesellschaftsordnung in der Sowjetunion zu unterrichten, da bisher in Westdeutschland das Bild von der Sowjetunion noch weitgehend durch Lüge, Verleumdung und Unkenntnis getrübt ist. Kenntnis über die Sowjetunion zu erwerben aber ist Pflicht für jeden, der bewußt als gesellschaftlichen

und politischen Leben teilnehmen will. Denn die Sowjetunion, die ein Sechstel der Erde umfaßt, ist heute die stärkste Friedenskraft in der Welt, deren Politik auch für Deutschland entscheidende Bedeutung hat. Die Sowjetunion ist das erste Land der Erde, das einen neuen Weg der gesellschaftlichen Ordnung beschriften hat: den Sozialismus. Und dieser Weg steht heute in einer Welt der Krisen und Kriege mehr denn je zur Diskussion. Bei der Entscheidung über die Zukunft der Völker der Erde kann kein Land auf die Erfahrungen der Völker der Sowjetunion verzichten.

Die Gesellschaft zum Studium der Sowjetunion sieht in der Freundschaft aller Völker der Erde eine wesentliche Grundlage für die Erhaltung des Friedens und für den Fortschritt der Menschheit. Sie glaubt, mit den Aufgaben, die sie sich gestellt hat, diesem Ziele zu dienen.

**„Unsere Politik ist den Lebensinteressen Deutschlands und Japans entgegengesetzt“**

Seit die Truman-Doktrin vor drei Jahren proklamiert wurde, hat sich die Lage der USA unter der Einwirkung von zwei großen Ereignissen, die im Jahre 1949 stattfanden, ernstlich verschlechtert. Eines davon war der Erfolg der Sowjetunion, das amerikanische Monopol der Atomwaffen zu brechen. Das andere war der Erfolg Mao Tse Tungs, der die chinesische Revolution organisierte und führte. Diese beiden Ereignisse werden weitgehende Folgen auf den ganzen eurasischen Kontinent und insbesondere auf die beiden wichtigsten Länder haben, die entscheidend für das Kräfteverhältnis sein werden. Das eine Land ist Deutschland, das andere Japan. Sowohl in Deutschland als auch in Japan sind jetzt die Kräfte, die diese Länder nach der Sowjetunion hin drängen und von uns lösen wollen, tatsächlich sehr stark...

Im Lichte dieser Weltlage ist eine Ueberprüfung unserer Politik äußerst dringlich. Ich meine damit die Politik der „Einkreisung“, die konkret in der Teilung Deutschlands, der Besetzung Japans und einem fast vollständigen Abbruch der Beziehungen zu allen Ländern innerhalb des sowjetischen Machtbereichs besteht. Diese Politik ist auf Voraussetzungen gegründet, die sich jetzt offensichtlich als trügerisch erwiesen, nämlich darauf, daß eine strenge Blockade des sowjetischen Machtbereichs den Kommunismus drosseln und seine militärische Stärke verringern könnte...

Es ist beinahe nur von akademischem Wert, darüber zu reden, ob wir die Deutschen und die Japaner gegen die Sowjetunion bewaffnen sollen. Denn der maßgebliche Faktor ist, daß weder wir, noch die Deutschen und die Japaner Deutschland und Japan verteidigen könnten...

Wenn wir weiterhin auf der Linie unserer Politik beharren, wie sie im Jahre 1947 ausgearbeitet wurde, müssen wir damit rechnen, daß Deutschland und Japan nicht notwendigerweise in Richtung auf den Kommunismus als solchen, aber in Richtung auf ein Bündnis mit Rußland immer näher kommen. Die Linie unserer Politik ist den Lebensinteressen Deutschlands und Japans entgegengesetzt. Wir bieten weder Westdeutschland noch Japan Sicherheit. Wir bieten Deutschland nicht seine eigene Einheit und nicht den Zugang zu den osteuropäischen Märkten. Wir bieten Japan nicht den Zugang zum Festland, obwohl seine wirtschaftliche Existenz davon abhängt. Deshalb werden die Deutschen und die Japaner mit aller Sicherheit darauf hinarbeiten, sich unserer Kontrolle zu entziehen, um ihre Handlungsfreiheit wieder zu gewinnen. Dies würden auch wir tun, wenn wir uns an ihrer Stelle befänden. Denn die Politik der Einkreisung verweigert ihnen Einheit, Sicherheit und wirtschaftliche Möglichkeit. Deshalb müssen sie und werden sie sich aus ihr herauswinden...

Wenn der Hauptzweck unserer Politik darauf ausgerichtet sein muß, ein Bündnis zwischen Deutschland, Japan und Rußland zu verhindern, dann müssen wir den Gedanken aufgeben, Deutschland und Japan zu unseren Verbündeten zu machen.

(Walter Lippman in der „New York Herald Tribune“)

**Wer liefert Mao Tse Tung die Schienen**

Der Einspruch der alliierten Behörden gegen die Lieferung von 100.000 Tonnen Eisenbahnschienen aus dem Ruhrgebiet an China hat uns einmal mehr die ausgeprägte Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von dem guten Willen der Besatzungsmächte demonstriert. Wir sind zum Schaden unseres Außenhandels neuerlich an die Existenz von Ziffer 2, Abs. g, des Besatzungsstatuts erinnert worden, die den alliierten Behörden die Kontrolle des deutschen Außenhandels sichert. Ein verlockendes und zukunftsreiches Geschäft ist dadurch nicht zustande gekommen. Deutschland, das durch Krieg und Nachkriegszeit so ziemlich von sämtlichen Märkten ausgeschlossen wurde, sieht sich einer wesentlichen Absatzmöglichkeit beraubt... Es wäre sonderbar, wenn Mao Tse Tung nicht doch zu seinen Eisenbahnschienen käme. Nur die deutsche Wirtschaft wird sie ihm nicht liefern dürfen.

„Hannoversche Allgemeine Zeitung“

**Pressestimmen**

**USA greift nach Indonesien**

F. U. Das von 70 Millionen Menschen bewohnte Indonesien ist eines der Gebiete Asiens, das für die amerikanischen und britischen Imperialisten eine ganz besonders große Bedeutung hat. Abgesehen von seiner strategischen Stellung als Schutzwall vor Indien ist es vor allem wirtschaftlich ungeheuer reich. Vor dem zweiten Weltkrieg betrug der Anteil dieses Gebietes an der Weltproduktion 98 Prozent bei Chinin, 37,8 Prozent bei Kautschuk, 30 Prozent bei Kopa, 44,5 Prozent bei Palmöl, 16,5 Prozent bei Tee und 86 Prozent bei Pfeffer. Es ist daher nur allzu verständlich, daß alle Gegensätze außer acht gelassen, die Kolonialherren ein gemeinsames Interesse haben, mit allen Mitteln zu verhindern, daß diese Schätze in die Hand des Volkes fallen.

Dem schärfsten und grausamsten Terror zum Trotz ist es in vier Jahren nicht gelungen, das seit dem Kampf um die Befreiung von den japanischen Imperialisten stark gewordene Nationalbewußtsein niederzukämpfen. Im Gegenteil, seit die Kunde von der Befreiung Chinas nach Indonesien drang, hat die Volksbefreiungsbewegung sich ungeheuer verstärkt.

Da sich die Völker Indonesiens mit alten Kolonialmethoden nicht mehr auf die Knie zwingen lassen, werden neue Methoden an ihnen ausprobiert. Unter amerikanischer Einwirkung willigte die holländische Regierung ein, die „Unabhängigkeit“ von Indonesien zu proklamieren. Diese „Unabhängigkeit“ sieht in der Praxis so aus, daß willkürlich 16 von feudalen Sultanen beherrschte Staaten und Stätten gebildet

und in einer „Niederländisch-Indonesischen Union“ zusammengefaßt werden, an deren Spitze die Königin von Holland steht, die nach wie vor die außenpolitischen Interessen dieser, wie es so schön heißt, „selbständig gewordenen Kolonie“ vertritt.

Um sich ein wirkliches Bild von dieser, von der westlichen Presse so angepriesenen „Unabhängigkeit“ zu machen, braucht man nur noch hinzuzufügen, daß die holländischen Truppen nicht abgezogen wurden, sondern nur versprochen wurde, sie „langsam zurückzuziehen“, sowie daß die holländischen Besatzungen außerhalb der indonesischen Besitzungen blieben.

Doch auch die USA sind bei der von ihnen angeregten „Lösung“ nicht zu kurz gekommen. Nachdem es die amerikanischen Erdöl-Truists verstanden, sich der Erdölquellen auf Borneo und Sumatra zu bemächtigen und Hunderte von Bohrtürmen und Dutzende von Erdölraffinerien zu errichten, nachdem die USA-Monopole Kautschukplantagen mit einer Gesamtfläche von mehr als 1 Million acres in Besitz nahmen, nachdem sie die früher der holländischen Gesellschaft Dutch Tin Co. gehörenden Zinnvorkommen von Celebes erwarben, ist es kein Wunder mehr, daß von 2,5 Milliarden Dollar Auslandsinvestitionen bereits eine Milliarde amerikanisch ist. Das Blatt der schweizerischen Hochfinanz, die „Neue Züricher Zeitung“, hat daher recht, wenn es am 29. Dezember 1949 zu der Feststellung kommt, daß „auf jeden Fall die frühere Vorzugsstellung Hollands dahingegangen ist.“

Die „Regierung“, die auf amerikanische Empfehlung eingesetzt wurde, beweist im übrigen noch deutlicher, um was für eine Art von Unabhängigkeit es sich bei den „Vereinigten Staaten von Indonesien“ handelt. „Staatschef“ ist derselbe Soekarno, den der holländische Informationsdienst vor vier Jahren — in „Le Monde“ vom 29. Dezember 1949 steht es nachzulesen — als „den Vertrauensmann der Japaner“ bezeichnete, der gemeinsam mit dem heutigen „Ministerpräsidenten“ Hatta „den Ministerpräsidenten des Kaisers von Japan respektvoll grüßte“ und der noch 1944 seinen Willen kundtat, „für Japan zu leben und auch für Japan zu sterben, falls es besieg werden sollte“. Daß sie nach wie vor im Solde der Imperialisten „leben und sterben wollen“ — nur nicht mehr im Solde der Japaner — beweist schon Soekarnos Neujahrsbotschaft, in der er geschäftig mitteilt, daß es „in Indonesien Schätze gibt, die nur darauf warten, ausgebeutet zu werden“ und die „jedem offenstehen, der für die Entwicklung des Landes arbeitet“ (New York Herald Tribune vom 2. Jan. 1950).

Doch die Soekarno und Hatta sind ebensowenig wie die Heuß und die Adenauer die Vertreter des Volkes. Trotz des Marionettenspiels befinden sich ganze Provinzen Indonesiens in der Hand der Volksbefreiungsbewegung, die ihren Kampf verstärkt. Es kann daher kein Zweifel mehr bestehen, daß es den Völkern Indonesiens, gestützt auf das große Beispiel des chinesischen Volkes, gelingen wird, die Fremdherrschaft samt ihren Marionetten hinwegzufegen.

# MANNHEIM

## Toilette für Schweine

Wenn sich diese Geschichte auch nicht in Mannheim abspielte, so ist sie doch durchaus wert, in unserer Ecke für Besonderheiten als Juwel der Verwaltungsinitiative festgehalten zu werden.

Irgendjemand einer Göppinger Schweinemastanstalt hatte eines Tages eine fabelhafte Idee. Er richtete dort für jede einzelne Boxe Wasserspülung ein. Da so etwas noch nie dagewesen war, betrachtete es die Verwaltungsabteilung des Göppinger Gemeinderates als eine ihrer vornehmsten Pflichten, darüber zu entscheiden, nach welchem Gebührensatz der Schweinestall an das Kanalisationsnetz der Stadt anzuschließen sei. Da für diesen außergewöhnlichen Fall aber bisher jede Parallele fehlte, klammerten sich die amts-tüchtigen Stadtväter krampfhaft an die Bestimmungen in der Gebührenordnung, die für jeden neu eröffneten Abort eine Gebühr von 70 DM vorsieht.

Nun begann die eigentliche Rechnung nach Schema F. In einer Boxe sind drei Schweine. Eine Boxe ist gleich ein „Abort-sitz“. Demnach ergab sich für die 30 Schweine der Mastanstalt eine „Abort-gebühr“ von 700 DM (siebenhundert). Ein fortschrittlicher Stadtrat, der die Stürze rück-sichtslos niedergestimmt. Erst nach langen aufreibenden Verhandlungen gelang es zwei Kreisräten den Gebührensatz auf die Hälfte herabzusetzen.

Wohlbermerkt wurde die Gebührenordnung in ihrer Gesetzmäßigkeit „verletzt.“ Aber es darf trotzdem behauptet werden, daß die Göppinger Stadtväter in ihrem Bestreben, den Stadtsäckel zu sanieren, Schwein gehabt haben.

## Die qualifizierten Leistungen des Mannheimer Krankenhauses müssen erhalten bleiben

Kaufmännisches, aber nicht soziales und medizinisches Gutachten / Krankenhaus ist kein Geschäftsbetrieb

Was ist denn plötzlich mit unserem Krankenhaus los? fragt sich überrascht der Mannheimer Bürger, beim Lesen der Artikel in den hiesigen Tageszeitungen. Man schreibt dort von Schlampererei, von Unfähigkeit, mangelnder Arbeitsdisziplin und Arbeitsmora, zu wenig Verantwortungsgefühl und ähnlichem mehr.

Unser Mannheimer Krankenhaus, der schöne Bau am Neckar, der mit seinen hellen freundlichen Fenstern, seinem großen stillen Park, den sauberen luftigen Gängen und Zimmern fast alle Schrecken eines Krankenhauses für den Besucher bannt, dieses Krankenhaus soll innen so faul sein?

Dieses Krankenhaus, das einen Professor Zenker hat, von dessen Können man weit über Mannheims Grenzen bewundernd spricht (ein Mann, ohne Magen, lebt, isst und trinkt wie ein normaler Mensch, dank Prof. Zenkers Kunst, und vieles mehr), dieses Haus bekommt plötzlich so häßliche Schatten?

Die Decke ist zu kurz

Das Städtische Krankenhaus ist neben dem Nationaltheater der Betrieb, der am meisten Zuschuß benötigt. Die Decke der städtischen Haushaltpolitik will und will nicht für alles reichen, nachdem die Gemeinden von den Ländern in ihren Mitteln so kurz gehalten werden. Und nun soll dem Krankenhaus ein Stück entzogen werden.

Mit Stift und Rechenschleier kamen Experten der Rechenkunst, Diplomkaufleute und -volkswirte, um auszuknobeln, wo etwas eingespart werden könnte. Mit kaufmännischen Augen betrachtet ist natürlich manches einzusparen in einem solch großen Betrieb.

Aber sind die Vorwürfe in der Form, wie sie erhoben wurden, gerechtfertigt?

Soziale Hilfe oder Schlampererei?

Ein Krankenhaus kann nicht mit irgendeinem anderen Städtischen Betrieb verglichen werden. So wie das Nationaltheater zum Beispiel eine kulturelle Mission zu erfüllen hat, so hat das Krankenhaus auf sozialer Basis. Deshalb müssen hier andere Maßstäbe angelegt werden. Gewiß, auf den ersten Blick verblüfft es, wenn man liest, daß für 1400 Patienten rund 1100 Personen (vom Chefarzt bis zur Wasch- und Putzfrau) eingestellt sind. Kann hier eingespart werden, liegt hier die „Schlampererei“? Eine kleine Aufhellung bekommt diese Sache, wenn man erfährt, daß unter dem Personal eine ganze Reihe solcher Kräfte sind, die in anderen Städtischen Aemtern — Fuhrpark, Müllabfuhr usw. — ihre Kräfte und Gesundheit aufgebracht haben und als Halbinvaliden zu leichter Arbeit dem Krankenhaus überwiesen wurden. Sie haben auf Grund ihrer jahrzehntelangen Dienstzeit natürlich Anspruch auf volle Entlohnung.

Dann befinden sich eine Anzahl Jungärzte im Krankenhaus, die dort ihre Volontärzeit absolvieren. Ihre Zahl ist bedeutend höher als vor dem Krieg. Sie bekommen zwar eine ganz geringe, fast beschämend geringe Entlohnung. Aber sie müssen unterkommen, wollen lernen. Für das Krankenhaus sicherlich nur ein Gewinn.

Forschungsarbeit verboten

Die sogenannten Forschungsarbeiten dürfen nicht mehr im Krankenhaus gemacht werden, sie gehören in das Gesundheitsamt, schlug das Sachverständigen-gutachten vor. Einem Arzt wurde sogar ein Revers zur Unterzeichnung vorgelegt, wonach er sich verpflichten sollte, keine Forschungsarbeiten mehr zu machen. Natürlich sollte das heißen, keine Mittel des Krankenhauses zu seinen Arbeiten mehr zu verwenden, ein Lapsus, der im Eifer des Gefechtes unterlaufen ist. Spart die Stadt etwas, wenn die Mittel vom Krankenhaus weg auf den des Gesundheitsamtes genommen werden? Professor Dr. Zenker bemerkte sehr richtig, daß es ja das Krankenhaus nichts koste, wenn er wöchentlich einmal seinen Jungärzten Unterricht gibt. Man kann nicht abstrakt die Praxis von der Theorie trennen und Nutznießer sind ja schließlich die Patienten des Krankenhauses.

Der Küchenbetrieb muß rentabler werden

Daß reine Kaufleute das Gutachten ausgearbeitet haben, kommt am besten zum Ausdruck in dem Vorschlag, eventuell die Krankenküche einem „Oekonom“ zu geben. Ausgerechnet die Küche, wo doch in einem Krankenhaus das Essen mehr oder weniger als Heilmittel zu bewerten ist. Das kann man keinem Geschäftsmann übertragen. Da wäre am falschen Platz gespart.

Auch der Verschlag, die Hals-, Nasen- und Ohrenabteilung aufzulösen und die diesbezüglichen Kranken an Heidelberg zu verweisen, ist abseitig. Viele Patienten, die wegen ganz anderer Krankheiten hier stationiert sind, müssen den Arzt für Hals, Nasen und Ohren in Anspruch nehmen. Gerade im

Kinderbau sind Ohrenleiden sehr häufig. Es wäre vielleicht zu erwägen, den Arzt nicht hauptamtlich anzustellen, sondern einen Facharzt von draußen täglich für einige Stunden zu verpflichten.

5000 Fenster für zwei Fensterputzer

Der Vorschlag, die Regiebetriebe aufzuheben, scheint auch nicht akzeptabel, da es sich hier nur um Reparaturwerkstätten mit je zwei oder drei Arbeitern handelt. So sind zum Beispiel zwei Fensterputzer beschäftigt, die bei eisiger Arbeit kaum einmal im Monat mit allen Fenstern fertig werden können. In der mechanischen Werkstätte sind drei Mann beschäftigt zum Schleifen der Skalpelle und Kanülen. Kanülen werden allein wöchentlich etwa 700 Stück geschliffen. In einem Firmenangebot wird pro Kanüle 15 Pfennig berechnet, eine Funktionsnadel mit 25 Pfennigen. Es ist leicht zu errechnen, daß sich diese Werkstätte rentiert. Dasselbe gilt für die Schreiner mit ihren drei Mann und die Sattlerei, die die anfallenden Reparaturen machen.

Natürlich kann auch eingespart werden!

Es ist z. B. nicht zu erklären, warum das Krankenhaus bei seinem so großen Kohlenverbrauch die Kohlen von Kleinhändlern bezieht, als sie z. B. per Schiff direkt kommen zu lassen. Dasselbe gilt für die Stadtwärter allgemein. Wahrscheinlich ist bei größter Wachsamkeit und guter Organisation auch da und dort noch einzusparen. Aber etwas bedarf einer dringenden Regelung. Das sind die Privateinnahmen der Chefärzte. Viele „Zigtausende“ werden dort eingenommen, zu denen das Krankenhaus mit seinen Einrichtungen sein Teil beiträgt. Die dafür geleistete Abgabe ist lächerlich gering. Hier könnte zum mindestens so viel eingespart werden, daß etwaige Entlassungen alter abgeschaffter Stadtwärter vermieden werden könnten. Und noch vieles mehr.

„Mannem hinne“ — beim Zuschußbedarf

Verwaltung und Betriebsrat sind gern bereit, mit der geschaffenen Kommission eingehend alle Vorschläge zu überprüfen und wo Besserungen möglich sind, sie durchzuführen. Trotzdem wird das Defizit des Krankenhauses kaum wesentlich herabgedrückt werden können. Uebrigens ist Mannheim sehr bescheiden mit seinen Zuschüssen, wenn man in Betracht zieht, daß z. B. Stuttgart mit 1800 Betten 4,4 Millionen, Frankfurt mit 1600 Betten dasselbe und Karlsruhe mit 1200 Betten 2 Millionen zuschießen muß. Da kommen wir mit unseren 1600 Betten mit 1,5 Millionen noch sehr gut weg.

Also, es ist nicht so schlimm, wie es oberflächlich aussieht und eins darf nie aus dem Auge gelassen werden: Das Krankenhaus kann nicht mit der Straßenbahn, dem Fuhrpark oder sonst einem städtischen Betrieb verglichen werden. Am Krankenhaus ist nichts zu verdienen und es gereicht zur Ehre einer fortschrittlichen Stadtverwaltung, wenn sie ihr Krankenhaus auf sozialer und kultureller Höhe auch um den Preis eines Zuschusses hält. Bis jetzt kann sich Mannheim mit seinem Krankenhaus sehen lassen. Hoffen wir, daß es so bleibt. A.L.

## Aus Weinheim

Sterne leuchteten in Weinheim

Weinheim. Das traditionelle Winterfest im Biennaussaal, das die gesamte Feuerwehr von Weinheim und Umgebung vereinte, fand am Wochenende statt. In dem großen Kreis konnte man Kommandant Fichtner, Bürgermeister Bohman und Kreisbrandinspektor Ströhlein begrüßen. Es war für das überfüllte Haus ein Fest der Freude und des Frohsinns. Eingangs ehrte Kommandant Fichtner den verdienten Kameraden Brandmeister Dietz, der am gleichen Tage seinen 57. Geburtstag feierte.

Dann rollte unter der beschwingten Leitung Ph. Brimo, „Libelle“ Mannheim, ein Kleinkunstprogramm ab, das wahre Lachstürme entfesselte. Eugen Spachmann und Walter Zehnauer trafen das Richtige. Conny Mey und Inge Laacke, ob Tanzparodien oder Sketch, erfreuten alle Anwesenden. Williams u. Co., eine international bekannte Schau, fand großen Anklang. Musikalisch umrahmt wurde das Programm von dem vorzüglichen Feuerwehrorchester, das späterhin in großer Besetzung unter der Stabführung von Herrn Kapellmeister Hesse alles auf Tanzparkett bis in die frühen Morgenstunden lockte.

Abschließend darf behauptet werden, daß der Abend als gelungen betrachtet werden kann. Es leuchteten wirklich künstlerische Sterne mit viel Niveau am Veranstaltungshimmel.

Fritz Rieger verläßt Mannheim

Nach gemeinsamer Beratung im Theater-ausschuß sind Stadtverwaltung und der leitende Kapellmeister des Nationaltheaters, Herr Fritz Rieger, übereingekommen, unter Berücksichtigung der zahlreichen anderen Verpflichtungen des Herrn Rieger das bestehende Vertragsverhältnis bereits zum 1. April 1950, statt zum 1. September 1950 zu beenden. Herr Rieger wird bis zum 1. April 1950 die von ihm einstudierten Werke weiter dirigieren und außerdem noch eine Oper neu einstudieren. Für die Zukunft ist eine gastweise Mitwirkung von Herrn Rieger bei Mannheimer Konzert- und Theateraufführungen in Aussicht genommen.

Aus Anlaß dieser Vereinbarung, gedenkt die Stadtverwaltung mit Dankbarkeit der hervorragenden Tätigkeit, die Herr Rieger seit 1. September 1947 in Mannheim ausgeübt hat.

Siedlergemeinde Blumenau

Am Samstag, 21. Januar 1950, 20 Uhr, findet auf den Blumenau im Gesellschaftshaus ein öffentliches Forum statt. Es werden maßgebliche Persönlichkeiten der Stadt Mannheim, u. a. der Bürgermeister Trumpfeller, zur allgemein interessierenden Frage Stellung nehmen. Die Arbeitsgemeinschaft der Siedlergemeinde Blumenau lädt die gesamte Bevölkerung dazu herzlich ein.

Verbesserung des Mannheimer Bahnnetzes

Auf der am Mittwoch von der Eisenbahndirektion Stuttgart veranstalteten Pressefahrt wurde die Gestaltung des zukünftigen Eisenbahnnetzes im Raume Mannheim-Ludwigshafen-Heidelberg eingehend erläutert. Als wesentlichster Punkt ging hervor, daß die bisherigen Kopfbahnhöfe in Mannheim-Ludwigshafen und Karlsruhe reine Durchgangsbahnhöfe werden sollen. Neue zweigleisige Strecken der Riedbahn von Waldhof nach dem Mannheimer Hauptbahnhof sowie eine Verlegung des Ludwigshafener und Heidelberger Hauptbahnhöfe sind beabsichtigt. Grob eingeschätzt, betragen sich die Gesamtkosten für die Gestaltung des Eisenbahnnetzes um Mannheim auf 100 Millionen DM. Die Verwirklichung dieser Pläne dürfte damit von vornherein nicht allzu schnell erfolgen.

Arbeitslosenzahl in Ludwigshafen gestiegen

Ludwigshafen. (Iwb) Die Zahl der Arbeitslosen in Ludwigshafen ist zum Jahresende 1949 wieder angestiegen. Nach einer jetzt veröffentlichten Statistik des Arbeitsamtes waren fast 4000 Personen arbeitslos. Arbeitslosenunterstützung empfangen rund 2000 Erwerbslose.

Versammlungen der KPD Mannheim

Neckarhausen: Samstag, 21. Januar, 20.00 Uhr, im Lokal „Felsenkeller“, Mitglieder-versammlung. Referent: Schellenberger.

Lützelachsen: Samstag, 21. Januar, 20.00 Uhr, im Lokal „Schwarze Traube“, Mitglieder-versammlung. Referent: Ebert.

Pfingsberg: Samstag, 21. Januar, 20.00 Uhr, im Lokal „Pfingsberg“, Mitglieder-versammlung. Referent: Heck.

Referentenbesprechung des Kreises Mannheim, Montag, 23. Januar, 19 Uhr, in S.3, 10. Referent: Willy Grimm. Alle Referenten und interessierten Genossen nehmen daran teil.

## FRIEDENS-KUNDGEBUNG

aus Anlaß des Gedenkens

### Lenin-Liebkecht-Luxemburg

Heute, Freitag, 20. Januar, 19.00 Uhr, im Musensaal des Rosengartens

Ansprache: Robert Wiegand, Essen

Mitglied des Parteivorstandes der KPD

Es spielt ein Streichorchester, Rezitatoren und Chöre.

Kartenvorverkauf durch unsere Funktionäre in den Betrieben und Stadtteilen.

## Arbeiter-Sängerbund Mannheim

Der Arbeiter-Sängerbund hielt am Samstag, dem 14. Januar 1950 seine diesjährige Jahreshauptversammlung ab.

Dem Geschäftsbericht ging zuerst die Ehrung der verstorbenen Sangesbrüder voraus. Der umfangreiche Geschäftsbericht der noch einmal Rückschau hielt über das das verfllossene halbe Jahr, wurde mit Genehmigung von den anwesenden Mitgliedern aufgenommen. Dabei wurde festgestellt, daß der Verein auf einer guten und gesunden Grundlage steht. Das besagt schon allein der Umstand, daß der Verein im verflossenen halben Jahr 32 jugendliche Sänger in seine Reihen aufnehmen konnte.

Auch der Kassenbericht konnte in jeder Hinsicht als zufriedenstellend angesehen werden.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung übernahm der Ehrenvorsitzende Georg Lauer die Leitung der Versammlung und dankte im Namen der Mitglieder dem Gesamtverband für seine geleistete Arbeit. Da gegen kein Vorstandsmitglied von seiten der Mitglieder Bedenken erhoben wurden, ließ der Ehrenvorsitzende über den eingetragenen Antrag, den Gesamtverband per Akklamation wieder zu wählen, abstimmen. Es ergab eine einstimmige Annahme, sodaß der alte Vorstand die Vereinsgeschäfte wieder übernahm. Der erweiterte Vorstand wurde an hand der starken Aktivität der Jugendlichen weitgehend mit jugendlichen Mitgliedern besetzt.

Anläßlich des 85-jährigen Jubiläums, das der Verein dieses Jahr begeht, soll ein großes Volksfest zur Durchführung kommen. Es wurden noch viele interne Vereinsangelegenheiten besprochen und kritisiert, aber auch gute und brauchbare Vorschläge dem Vorstand unterbreitet. Unter anderem verlangten die Sänger, daß der Tendenzchor vom Arbeiter-Sängerbund mehr denn je gepflegt werden soll, nachdem dieser von den übrigen Vereinen des Kreises kaum gesungen wird.

Arbeitergesangverein Neckarhausen

Die am 14. 1. 1950 stattgefundene Generalversammlung des Arbeitergesangvereins

nahm einen günstigen Verlauf. Mit einem sinnvollen Lied wurde die Versammlung durch den Vorstand eröffnet. Die Ausführungen der Vorstandschaft bewiesen, daß der Verein mit seinen 112 Mitgliedern und seinem guten Kassenbestand auf sehr gesunden Füßen steht. Dieses wurde auch dadurch bekräftigt, daß die gesamte Vorstandschaft wiedergewählt wurde. In der anschließenden Diskussion, von der rege Gebrauch gemacht wurde, wurde allgemein zum Ausdruck gebracht, daß man von aktiver sowie passiver Seite dazu übergehen will, die alte Tradition als Arbeitersänger wieder herzustellen. Es wurde beschlossen, eine allgemeine Werbung durchzuführen, wozu auch wir dem Verein einen vollen Erfolg wünschen. Die Einmütigkeit der Sänger wurde dadurch bekräftigt, daß man nach Schluß der Versammlung noch gemütlich beisammen blieb, und manch alter Tendenzchor wurde wieder zur Geltung gebracht.

## Nationaltheater Mannheim

Berthold Sakmann, der jetzige Leiter des jungen Theaters Stuttgart und frühere Augsburger Intendant, inszeniert als Gast den „Rigoletto“ von Verdi, der am 1. Februar d. J. zum erstenmal gegeben wird.

Am 4. Februar wird das Ensemble des Nationaltheaters mit der Oper „Die Walküre“ in Basel gastieren.

Am 4., 5. und 6. Februar wird Hans Moser mit dem Ensemble des Münchener Volkstheaters in dem Schwank „Weekend im Paradies“ von Arnold und Bach im Nationaltheater vorzuführen.

Vorverkauf für Platzmieter ab Donnerstag, 28. Januar, gegen Vorlage der Platzausweise an der Theaterkasse K 1, 5.

Allgemeiner Vorverkauf ab Montag, 30. Januar, theater Mannheim zu sehen sein.

Am 11. und 12. Februar ist ein Gastspiel der „Kabarettische“ Stuttgart vorgesehen. Die Programmfolge ihres Kabarett steht unter dem Titel „Sie sind des Teufels General“.

Am 26. Februar wird Generalmusikdirektor Bernhard Conz gastweise die „Walküre“ dirigieren.

## Ein Betrügerpaar macht von sich reden

Wer kann Angaben machen?

Kleid mit weißen Verzierungen oder schwarzes Kostüm mit geber Bluse, auch blauen Pullover mit weißem Hirsch als Strickmuster auf der Brust. Blauer Tuchmantel oder beiger Gardinenmantel. Trägt Ohrhinge in Kegelform etwa 2 cm lang mit weißem Stein.

Wer der Kriminalpolizei mit sachdienlichen Angaben, die zur Festnahme des Betrügerpaares führen, dienen kann, wird gebeten, sich mit der Kriminalpolizei Mannheim-Waldhof in Verbindung zu setzen.

Maskenball der Sängervereinigung

Am Sonntag, den 21. Januar 1950, findet in sämtlichen Räumen der „Flora“-Gaststätte, Lortzingstraße 17, der diesjährige Große Maskenball der Freien Sängervereinigung Mannheim, vormals Rhein-gold, geg. 1899, statt. Freunde und Gönner sind dazu herzlich eingeladen.

„Sous les toits de Paris“

Die Alster-Lichtspiele Mannheim bringen in Verbindung mit der Abendakademie am 21. Januar, 22.30 Uhr, und am 22. Januar, 10.30 Uhr, René Clairs berühmten Film „Unter den Dächern von Paris“ zur Aufführung.

In der letzten Zeit macht ein gewisser Architekt Erwin Heinlein, begleitet von einer angebliehen Elli Kratzmeier, durch seine Betrügereien Mannheim und Ludwigshafen unsicher. Unter dem Versprechen, Stellung und Wohnung beschaffen zu können, versuchen die beiden Geldbeträge von ihren Opfern herauszulocken, um dann zu verschwinden. In Mannheim-Waldhof gelang es ihnen, auf diese Weise einen Betrag von 1500 DM an sich zu bringen. Dafür sollte der Mann eine Stelle als Lagerverwalter und eine Wohnung bekommen. Die beiden Betrüger, die sich als Geschwister bezeichnen, werden wie folgt beschrieben:

1. der angebliehen Architekt Erwin Heinlein: Etwa 33 Jahre alt, 1,76 Meter groß, kräftig, ovales Gesicht, blonde Haare, blaue Augen. Spricht hochdeutsch mit norddeutschem Akzent. Bekleidung: grauer oder brauner Anzug mit kleinen Streifen, Regenmantel, grauer Hut.

2. Die angebliehen Elli Kratzmeier, geborene Heinlein: Etwa 33 bis 38 Jahre alt, 1,70 bis 1,75 Meter groß, mittellang, ovales Gesicht, frisches Aussehen, blond, blaue Augen, spricht hochdeutsch mit norddeutschem Akzent. Bekleidung: weinrotes oder blaues

## Sportdemonstration für deutsche Einheit

Über 20 000 Zuschauer begrüßten die Amateurboxer aus dem Westen und Süden in Erfurt und Leipzig

Die Thüringen-Halle in Erfurt war überfüllt, als eine Boxstaffel aus den Westzonen gegen eine aus Vereinen in der Deutschen Demokratischen Republik zusammengestellte Boxstaffel zu einem Freundschaftskampf antrat. Die Westdeutschen waren an Kampferfahrung voraus und konnten nach spannenden in bestem Sportgeist ausgetragenen Kämpfen mit 13:3 Punkten ihre Ueberlegenheit bekunden. Es gab zwei Siege durch Niederschlag im Mittelgewicht von Ihlein-Neckarsulm über Eckardt-Erfurt und im Schwergewicht von Stenger-Koburg über Recklebe-Calbe. Punktsiege errangen Garbarz-Stuttgart im Fliegengewicht über Martin-Gera, im Weltgewicht Königs-Melde-rieh über Barthel-Erfurt und im Halbschwergewicht Bettendorf-Frankfurt über Haney-Dresden. Unentschieden endeten die Kämpfe im Bantamgewicht zwischen Weller-Neckarsulm und Knöpfe-Weifenfels, im Federgewicht zwischen Hoog-Hagen und Scheler-Sonneberg sowie im leichtgewicht zwischen Einfeld-Kiel und Heinrich-Erfurt.

Auch in Leipzig blieb die westdeutsche Staffeln mit dem gleichen Ergebnis erfolgreich. Es gab vier Entscheidungen durch Niederschlag, davon 3 für die Westdeutschen durch Einfeld im Leichtgewicht über Hensel-Brandenburg, durch Ihlein im Mittelgewicht

über Henatsch-Berlin und durch Bettendorf im Halbschwergewicht über Robak-Kottbus. Auch Scheerbaum-Halle siegte im Schwergewicht über Schwinel-Gladbeck durch ko. Punktsiege errangen Grabarz im Fliegengewicht über Brien-Schwerin, im Federgewicht Hoog über Scheler und im Weltgewicht Ehmann-Weiden über Pohle-Halle. Unentschieden endete der Kampf im Bantamgewicht zwischen Frankenreiter-Trier und Czerwinski-Dresden. Auch diese Veranstaltung war eine imposante Demonstration für den deutschen Sport in einem ungeteilten Deutschland. Die Gäste aus dem Westen luden ihre Sportfreunde aus der Deutschen Demokratischen Republik zu einem Gegenbesuch und Rückkampf ein.

Herberger plant Lehrgänge in den Landesverbänden

Im Frühjahr wird der Bundestrainer Sepp Herberger im Auftrag des Deutschen Fußballbundes in den einzelnen deutschen Landesverbänden Lehrgänge abhalten. Nach Beendigung dieser Lehrgänge sollen die besten Spieler zu einem neuen Nationalmannschaftskurs in Köln herangezogen werden. Die Lehrgangstätigkeit wird zunächst in Westdeutschland beginnen und dann auf den Süden Deutschlands ausgedehnt werden. Der Württembergische Fußballverband hat diesen Herberger-Lehrgang für 24. bis 28. April in Stuttgart geplant.

Billig! Eiche-Roh Billig!

Schlafzimmer

1 Schrank 180 cm, 2 Nachtt. 450,-

1 Frisierkom. 1x2 m, 2 Betten

Komplette KÜCHE Esche

Büfett 1 Tisch 270,-

160 cm 2 Stühle

Hch. Baumann & Co. Qu 5,4 Mannheim Qu 5,4

Wohnungstausch

Berlin-Mannheim u. Umgebung

Biete 2 schöne Zimmer, Küche, Bad, Keller, Garten in Berlin-Lichtenberg gegen gleiche oder 1 Zimmer u. Küche, Ang. geb. unt. Nr. 10 an den Verlag.

Sonderangebot!

Kamelaarschnallenstiefel, Formgummisohle 27/30 31/35 DM 6.15 DM 7.-

Kamelaarschnallenstiefel für Damen DM 7.45, für Herren DM 8.60

Kamelaarschnallenschuhe für Damen DM 5.70, für Herren DM 6.70

Kamelaarumschlagschuhe, Ledersohle für Damen DM 7.60

Kamelaarumschlagschuhe, Formgummisohle für Damen DM 7.80

Farbig Filz, Absatzschuhe f. Damen DM 7.80 u. DM 8.60

Herrenschuh, schwarz u. braun, Ledersohle ab DM 19.75

Knabenschuh, schwarz u. braun ab DM 17.90

Damenschuh, schwarz u. braun ab DM 18.90

Restposten Hausschuhe

Damen- Wollkleider, div. Ausführungen ab DM 19.50

Herren-, Damen- und Kindermäntel, Strickwaren

KONSUM GENOSSENSCHAFT MANNHEIM GMBH.

Spezialverteilungsstelle Mittelstraße 90/92

Auf alle Waren Rückvergütung! Verkauf an jedermann!

Beim Einkauf die preiswerten Erzeugnisse verlangen

Werden auch Sie Kunde

unsere neuingerichteten

Leihbücherei

Wir sind in der Lage, alle Leserwünsche zu erfüllen.

Bei Eintritt in die Bücherei wird 1 Buch gratis gegeben.

Volksbuchhandlung - S 3,10

# Heute demonstriert Heidelberg gegen Wiederaufrüstung

Sechzehn Verbände protestieren gegen Remilitarisierung und für den Frieden

Heidelberg. Am heutigen Abend werden um 19.15 Uhr im Hörsaal 13 der neuen Universität insgesamt 16 verschiedene Organisationen und Verbände in einer Protestkundgebung gegen die Pläne und Vorbereitungen der militärischen Wiederaufrüstung Westdeutschlands ihren eindringenden Friedenswillen zum Ausdruck bringen. Es sprechen Vertreter der VVN, der Gewerkschaft, des Heidelberger Frauenvereins und der Jugend.

## Erklärung des Kreisjugendausschusses

Die Jugend fühlt sich mit all denen verbunden, die für den Frieden kämpfen. Die Jugend will keinen Krieg, weil sie seine vernichtende und zerstörende Wirkung draußen und drinnen am eigenen Leib verspürt hat. Sie will sich auch nicht als Soldat für andere Staaten verdingen lassen, weil es Verrat am eigenen Volk wäre.

Die Jugend lehnt jeden übersteigerten Nationalismus ab, der zur Überheblichkeit und zum Haß gegenüber anderen Völkern führt. Sie weiß, daß es jahrzehntelanger Arbeit bedarf, um die Trümmer des letzten Krieges zu beseitigen und seine Wunden zu heilen. Sie weiß aber auch, daß Wiederaufrüstung zu noch größeren Spannungen zwischen Ost und West führen und die Kriegsgefahr verstärken wird.

Statt Wiederaufrüstung fordert die Jugend mehr und bessere Schulen, Erholungsheime, Sportplätze, Turnhallen, Jugendheime und Jugendherbergen, mehr Wohnungen, eine quali-

fizierte Berufsbildung und gesicherte wirtschaftliche Existenzmöglichkeiten.

Der Verband der Kriegsbeschädigten ruft Hinterbliebene, Sozialrentner und vor allem die Körperbeschädigten der letzten beiden Weltkriege auf, sich ebenfalls an der heute abend stattfindenden Kundgebung der Friedensverbände zu beteiligen.

## Cockrell-Urteil bestätigt

Heidelberg (LWB). Das Urteil gegen den amerikanischen Korporal Cockrell, der kürz-

## Gegen Kriegsgefahr und erneute finanzielle Lasten An alle Gewerkschafter!

Die militärische Wiederaufrüstung Deutschlands wird von bestimmten Kreisen in Presse, Rundfunk und Versammlungen in der letzten Zeit mit erhöhtem Nachdruck betrieben. Es sind wiederum dieselben Kräfte am Werk, die in der Vergangenheit Deutschland ins Unglück stürzten und die jetzt versuchen, durch die Schaffung einer neuen Wehrmacht diese Gefahr erneut heraufzubeschwören. Ein solches Vorgehen und die Durchführung dieser Pläne bedeutet eine erhöhte Kriegsgefahr und erneute finanzielle Lasten für alle Lohn- und Gehaltsempfänger. Alle Arbeitenden müssen sich deshalb in geschlossener Einigkeit einer Remilitarisierung widersetzen.

Es ist genug Elend unter den Menschen, das die beiden letzten Kriege verursacht haben, und der Wille der Arbeiterschaft muß es sein, dieses Vorhaben mit aller Entschlossenheit zunichte zu machen. Erscheint deshalb alle zu dieser Kundgebung! Demonstriert gegen den Krieg, für Friede, Freiheit, Völkerverständnis!

DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND  
Der Vorstand:

Ortsausschuß Heidelberg  
Engelhardt — Böning — Ditton

## Ex-Kreisleiter Worch wurde Belasteter

Prominente Vertreter des heutigen Staates bezeugen ihm „gutes Betragen“

Karlsruhe. Während sich die Wucht der Entnazifizierungsmaßnahmen in den ersten Jahren nach dem Zusammenbruch ausschließlich gegen die kleinen Pgs richtete, schnitt die NS-Prominenz in der Folgezeit durchweg äußerst günstig ab. In Schnellverfahren, bei denen ein Heer von Entlastungszeugen aufgeboden wurde — Belastungszeugen waren, da man sie vielfach wegen „technischer Schwierigkeiten“ nicht rechtzeitig laden konnte, sehr rar — wurden Sprüche gefällt, die jeglicher Vernunft Hohn sprachen.

So hatte sich die Karlsruher Zentralspruchkammer namentlich mit dem ehemaligen Kreisleiter Worch zu befassen. Worch war am 16. Juli 1948 von der Spruchkammer des Interniertenlagers Ludwigsburg zum Minderbelasteten erklärt und kurz danach gemäß Artikel 17, 8, ohne Nachverfahren als Mitläufer eingestuft worden. Gegen diesen Entscheid hatte der Öffentliche Kläger, Berufung eingelegt.

Auch bei der jetzigen Berufungsverhandlung kommt Worch mit einem Berg von Entlastungsschreiben aufwarten, wobei ihm u. a. sowohl von OB, Töpfer, dessen Tabakgeschäft er seinerzeit vor der Schließung bewahrt hat, als auch von dem SPD-Landtagsabgeordneten A. Möller, einem Dutzendfreund, bescheinigt wurde, daß er „menschlich und politisch“ immer ein anständiger Charakter gewesen sei. Von hohem Würdenrängen der katholischen Kirche wurde bestätigt, daß Worch sich sehr loyal gegenüber den Belangen der Priesterschaft verhielt.

Buchdrucker W. als einziger Belastungszeuge sagte aus, daß er 1937 wegen angeblicher Beihilfe zum Hochverrat von einem sogenannten Volksgerichtshof zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Worch, der bei

der damaligen Verhandlung als Beisitzer fungierte, habe eine exemplarische Strafe gefordert. Da Worch dies entschieden bestritt, wurde W's damaliger Offizialverteidiger als Zeuge geladen. Dieser konnte sich jedoch an jene Ereignisse nicht mehr erinnern.

An Hand einer Reihe von Stadtratsprotokollen wurde nachgewiesen, daß Worch in seiner Eigenschaft als Kreisleiter in entscheidendem Maß die Beratungen des Stadtrates beeinflusste. So wurde der Architekt St., ein ehemaliger Freimaurer, von ihm abgelehnt. Bei einer anderen Sitzung plädierte er für die Unterbringung „Alter Kämpfer“ im öffentlichen Dienst und wertete gegen die „Schwarzen“ und „Roten“. Auf seine Initiative sind auch zahlreiche Boykottmaßnahmen gegen jüdische Ärzte und Apotheken zurückzuführen.

Die besondere Aufmerksamkeit, die Worchs Verhalten zur Zeit der Judenprogrome vom 10./11. 1938 gewidmet und deshalb ein weiterer Zeuge geladen wurde, blieb ergebnislos. Entgegen seiner protokollierten Aussage, wonach Worch ihn am Vorabend von der beabsichtigten „Aktion“ in Kenntnis gesetzt hat, bestritt der Zeuge F. die Richtigkeit seiner damaligen Aussagen. Er bot sich an zu beschwören, daß Worch erst zu ihm gekommen sei, als die Aktion bereits in vollem Gange war. Mit den ganzen Vorgängen, erdreiste er sich zu behaupten, habe die Partei überhaupt nichts zu tun gehabt.

Dieser „Rückzieher“ dürfte nicht verwundern, wenn man betrachtet, daß es sich bei diesem Zeugen um einen ehemaligen Ortsgruppenleiter und Kreisobmann der DAF handelt. Es wäre dringend zu empfehlen, ihm noch einmal genauestens unter die Lupe zu nehmen.

Während diese Herren also in weichem Pfühl dem Schlaf der Ahnungslosen und Gerechten huldigen, soll Wagner ohne vorherige Mitteilung an die obersten Parteinstanzen mit einer Handvoll Gestapo-Beamten die „spontane Volkserhebung“ allein inszeniert haben!

In seinem Plädoyer bezeichnete der Öffentliche Kläger den Spruch erster Instanz als unhaltbar. Es sei unmöglich, daß ein Mann, der 12 Jahre lang das Amt eines Kreisleiters inne hatte, in die gleiche Gruppe wie kleine Pgs eingestuft würde. Worchs Taten, die zwar nicht immer in Einklang mit ergangenen Befehlen standen, seien jedoch keinesfalls einer Gegenseite zum Nationalsozialismus erwachsen. 1926 der Partei beigetreten, habe sich Worch restlos für deren Ziele eingesetzt. Nur auf Grund stundenlangem Entlastungszeugen prominenter Vertreter des heutigen Staates, sei es erklärlich, daß die Spruchkammer in Ludwigsburg die hervorragende Bedeutung Worchs übersehen und zu jenem unverantwortlich milden Spruch kommen konnte.

Er forderte die Einstufung des Betroffenen in die Gruppe der Belasteten.

Das Urteil der Berufungskammer lautete schließlich: Der Spruch der Entnazifizierungskammer vom 16. 7. 1948 wird aufgehoben. Willi Worch wird in die Gruppe der Belasteten eingestuft. Er erhält ein Jahr Sonderarbeit, das durch die Internierungshaft als verbüßt gilt. 10 Prozent seines Vermögens werden konfiszziert. Weiterhin wird eine 5jährige Bewährungsfrist über ihn verhängt.

Die Kosten des Verfahrens gehen zu Lasten des Betroffenen.

## Traditionelles Winterfest der Freien Turner.

Heidelberg. Morgen veranstaltet die Freie Turnerschaft um 20 Uhr im „Königssaal“ ein Winterfest, auf dem sämtliche Abteilungen Ausschnitte aus ihrer Arbeit zeigen werden. Anschließend geht es bis in die Nacht mit fröhlichem Tanz.

## Scharlach-Diphtherie-Schutzimpfung.

Heidelberg. In den einzelnen Stadtteilen wird in der kommenden Woche vom Staat. Gesundheitsamt die Schutzimpfungen durchgeführt, und zwar:

Pfaffengrund (Jugendheim): Montag, 23. Januar von 8.30 bis 11.00 Uhr, Geburtsjahre 1943-1948;

Rohrbach (Rathaus): Dienstag, 24. Januar von 8.30 bis 11.00 Uhr, Geburtsjahre 1943 bis 1946 und Mittwoch, 25. Januar, in der gleichen Zeit, Geburtsjahre 1947 und 1948.  
Handschuhsheim (Rathaus): Donnerstag, 26. Januar, Geburtsjahre 1943 bis 1945, Freitag, 27. Januar, Geburtsjahre 1946 und 1947, und Samstag, 28. Januar, Geburtsjahre 1948, jeweils von 8.30 bis 11.00 Uhr.

## Zwei fette Einbrüche in Gasthäusern.

Dossenheim b. Heidelberg. In den Gasthäusern „Rose“ u. „Hirsch“ wurden in der Nacht vom Dienstag auf Mittwoch Rauchwaren, Spirituosen, ein neuer Herrenanzug, eine Weste, ein Damenrad gestohlen. Der Gesamtschaden bei beiden Einbrüchen beläuft sich auf etwa 500 bis 600 DM, wobei das Gasthaus „Hirsch“ am stärksten geschädigt wurde.

## Veranstaltungen der KPD Mosbach.

Neckargerauch: Heute abend 19.00 Uhr im „Grünen Baum“ eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Thema: Stellungnahme zu den Parteivorstandsbeschlüssen.

## Rasch und schmerzlos

Durch May Maier's Schmierpatent

Stuttgart. Die Staatsanwaltschaft in Stuttgart beschäftigt sich gegenwärtig mit einer Riesen-Korruptionsaffäre, die durch die Anschuldigungen des ehemaligen Flüchtlingskommissars Stockinger ins Rollen gebracht wurde.

Der Inhaber eines Vermittlungsbüros, Aug. Maier hatte sich in Verbindung mit dem Chefankläger der Spruchkammer, May, darauf spezialisiert, rasch und schmerzlos aus Belasteten und Hauptschuldigen Mitläufer zu machen. Es konnte einwandfrei nachgewiesen werden, daß es die Koalition May-Maier gegen Zahlung von Summen, die sich im Einzelfall bis auf 21.000 DM beliefen, übernommen hatte. Die Nutznießer des Krieges und der Naziregierung zu rehabilitieren. So zahlte unter anderem ein Backnanger Unternehmer für die „Entnazifizierung“ seines Schwiegersohnes 12.000 DM an Maier, wobei er sich noch gleichzeitig an den Ministerpräsidenten, ebenfalls Maier, wandte, der dem von einem politischen Gericht wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagten Schwiegersohn einen Rechtsanwalt aus der Schweiz besorgte.

In einem anderen Falle war die von einem Unternehmer zu zahlende Sühne auf ein Zehntel abgewertet worden. Dies geschah ebenfalls durch die Firma Maier u. Co., die für ihre Dienste gerade 15.000 DM einstrich.

Das Interesse der Öffentlichkeit befaßt sich gegenwärtig mit der Frage, wie viele Kreise dieser Skandal noch erfassen wird. Höchst merkwürdig erscheint auch das Verhalten des Min.-Rats Röhlde, der, trotzdem die Anschuldigungen gegen May-Maier schon einige Zeit erhoben wurden, nichts zur Auf-

## Der Polizeibericht meldet:

Karlsruhe. Eine über den Festplatz gehende Frau wurde von einem jugendlichen Radfahrer von hinten angefahren, wodurch sie zu Boden stürzte und am Knie verletzt wurde.

Im Bezirk von Rüppurr wurde während der Nacht der Keller eines Klubhauses erbrochen und daraus 10 Flaschen Wein entwendet.

Aus einer daneben stehenden Bretterhütte, die ebenfalls aufgebrochen worden war, wurde eine Windjacke gestohlen.

Ein Versicherungsinspektor und ein Metzger wurden in der Nacht von einem Kraftwagenhalter überrascht, als sie seinen vor einem Nachtkaffee parkenden Personenkraftwagen nach Erbrechen der Türe wegfahren wollten. Einer hinzukommenden Radstreife der Polizei gelang es, die flüchtigen Täter festzunehmen.

Auf dem Bahnhofplatz stieß nach Einbruch der Dunkelheit eine Radfahrerinnen mit einem Radfahrer zusammen. Sie stürzte und erlitt einen Kniegelenkbruch, während der Radfahrer unerkannt davonfuhr.

## Unterricht für Verkehrsünder

Karlsruhe (LWB). Zu dem von der Karlsruher Polizei eingeführten kostenlosen und freiwilligen Unterricht für Verkehrsünder erschienen im Monat Dezember von 292 eingeladenen Personen 254.

Richtfest mit anschließender Messerstecherei  
Niklashausen, Kreis Tauberbischofsheim. Nach einem Richtfest, das kürzlich in Niklashausen stattfand, kam es zu einer Messerstecherei, bei der drei Personen verletzt wurden. Ein Neubürger verletzte zwei Männer und eine Frau durch Stöße in Brust und Arme. Die Verletzten mußten sofort in das Krankenhaus Tauberbischofsheim eingeliefert werden. Der Messerstecher wurde von der Polizei festgenommen.

## JACQUES ROUMAIN



18. Fortsetzung

Noch vor dem Mittagessen hatte es sich durch das ganze Dorf verbreitet, daß Manuel eine Quelle gefunden hätte. Wir haitianischen Neger haben ein Wort dafür, wir nennen es Mundfunk, und mehr ist nicht nötig, damit eine Neugierigkeit, sie sei gut oder schlecht, wahr oder falsch, angenehm oder unangenehm, die Runde macht von Mund zu Mund, von Tür zu Tür und in kurzer Zeit ist sie im ganzen Land herum, es ist erstaunlich, wie schnell das geht.

Da nun Fonds Rouge nicht sehr groß war, hatte sich die Neugierigkeit so rasch verbreitet wie Feuer in trockenem Gras, und um die Zeit, wo die Sonne am stärksten auf die Erde niederglühte, sprachen die Menschen nur noch von dem großen Ereignis, die einen versicherten, daß es wahr wäre, die anderen, daß es nicht so sei, manche gingen so weit, zu behaupten, Manuel habe aus Kuba einen Zauberstab mitgebracht, mit dessen Hilfe man Wasser und sogar Schätze finden könnte, — es tat eben jeder etwas von seinem Salz hinzu und formte die Neugierigkeit nach seiner Fassung um.

Anaise hatte die Mission, die Manuel ihr anvertraut hatte, gut erfüllt. Sie war von Haus zu Haus gegangen und hatte mit den Frauen gesprochen. Einige hatten sich störrisch gezeigt, aber die meisten hatten mit vielen Seufzern und „ach Gott, ach du lieber Gott angefangen, sich einen Ueberschlag zu machen über die Veränderungen und Vorteile, die sich aus der Bewässerung ergeben würden, — und ich könnte sehr gut ein paar Ellen Stoff für ein Kleid brauchen, und mein Mann ein Paar Hosen und eine neue Jacke, und die Kinder, davon braucht man erst gar nicht erst zu reden...“ Sie liefen sozusagen nackt herum, daß es eine Sünde und eine Schande war, um so mehr, als sie trotz Not und Krankheiten so

kräftig aufgeschossen waren wie Unkraut, (Neger widersetzten sich dem Umkommen. Sie sind zah wie keiner sonst.)

Bei den Männern wußte man nicht recht, wie man bei ihnen dran war. Einige hatten sich zusammengelassen bei Larivoire, einem angesehenen alten Mann, der bekannt dafür war, gute Ratschläge geben zu können. Man hatte auch Similien, seinen Sohn, von Florentines Ausschank herauskommen sehen mit einer Flasche Clairin, weil der Clairin bekanntermaßen die Zunge lockert und die Gedanken freundlicher macht.

Antoine war, so schnell er konnte, zu Bienaimé herübergehumpelt. Er strahlte. Er führte nur noch das Wort Arbeitsgemeinschaft im Munde; er behauptete, daß er ein Lied auf Manuel machen würde, wie es seit Menschengedenken kein schöneres gegeben haben sollte und keines, das mehr zur Arbeit anfeuerte.

Aber Bienaimé hatte ihn zu allen Teufeln geschickt. Das hatte Antoine aber nicht gestört. Er saß vor der Tür und spannte seine Trommel, damit ihre Töne weit tragen und mit ihrem Dröhnen die Botschaft über das Land schicken könnten, daß nun das gute Leben anfangte.

„Na, Simidor“, sprach er zu sich selbst, „jetzt kommt es darauf an, zu zeigen, daß du noch nicht eingerostet bist, zu zeigen, daß deine Finger noch nicht eingeschlafenen sind, zu zeigen, daß dein Kopf voller Lieder steckt wie eine Wabe voller Honig.“

Er versuchte die Trommel, lauschte aufmerksam ihrem Klang. Sein zahnloser Mund lachte breit.

Bald würde er mit umgehängter Trommel bei anbrechendem Morgen die Männer zur Arbeit führen.

Schon fingen Worte an sich zu bilden auf dem Rhythmus einer auftauchenden Melodie: „General Manuel, heil dir, ho, heil dir, ho...“

Seine Stimme dirigierte das Niederfallen der Hacken:

„Heil dir, ho,  
Heil dir, ho.“

Kinder liefen herbei, um ihn zu hören, sie umringten ihn, aber er vertrieb die kleinen Neger, er wollte allein sein, damit nichts ihn störte, während das Lied im Schlingen der Trommel reifte.

Manuel hatte sich die Bauern vorgenommen, einen nach dem anderen. Jahre hindurch war ihnen der Haß etwas Gewohntes gewesen. Er war Gegenstand und Zielscheibe ihrer ohnmächtigen Wut auf die Elemente gewesen. Aber Manuel hatte die eindringliche Sprache der dürrstenden Erde in menschliche Worte übersetzt, die Klage der Gewächse, die Versprechungen und Zukunftsbilder des Wassers. Er hatte sie in ihre künftigen Ernten geführt; ihre Augen strahlten, als sie ihn nur reden hörten. Aber — es gab eine Bedingung: sie mußten sich versöhnen. Und was konnte sie das schon kosten? Eine Handbewegung, ein paar Schritte, wie um eine Brücke zu überschreiten, und man ließ die trüben Tage der Not hinter sich, man trat ein in den Ueberfluß. Na, Nachbar, was sagst du dazu? Der andere, barfuß, in zerrissenen Lumpen, abgemagert und verhungert, lauschte schweigend. Es ist wahr, man hatte diese alte Geschichte satt. Wozu nützte das schließlich? Könnte man nicht eine Messe lesen lassen, zugleich für beide, Dorisca und Sauvour, für die Ruhe ihrer Seelen? Das würde vielleicht auch sie in ihren Gräbern versöhnen, und sie würden die Lebenden in Ruhe lassen. Denn es ist nicht gut, wenn die Toten unzufrieden sind, es ist sogar gefährlich. Sicher und gewiß war nur, daß man nicht zugrunde gehen wollte. Also, weil es nun einmal so um uns steht, wollen wir zusammenhalten. Aber wer wird zu den anderen gehen, um mit ihnen zu sprechen? „Ich“, antwortete Manuel.

Die anderen waren bei Larivoire zusammengelassen. Die Nachricht war wichtig, sie erforderte Beratung. Larivoire streichelte die wenigen Haare seines ziegenbärtigen. Sein Blick war ruhig und schlau, sein Mund klug; was er sah, maß er ab, was er sagte, hatte er zuvor auf Für und Wider erwogen. Sein hohes Alter hatte ihn diese Klugheit gelehrt. In dem blutigen Streit, der Fonds Rouge trennte, hatte er nur aus verwandtschaftlichen Gründen Partei ergriffen, aber auch das nur mit Mäßigkeit, denn er hetzte niemals, sondern riet eher zum Frieden. Sein Wert wurde gehört und befolgt; sein Rat hatte den Wert eines Urteilspruchs.

„Wie nun, sie werden Wasser haben“, sagte Mauleon.

Er sagte nicht mehr. Sein Blick ging über die Landstraße hinweg zu seinem sonnengepeinigten Feld. Er war Florentine fünfzehn Plaster schuldig. Hilariion verlangte als Bezahlung seine braune Stute. Ein so gutes Tier, das viermal so viel wert war. Und Cia, seine Frau, lag krank an einem Fieber, das sie verzehrte, und keine Medizin hatte geholfen. Dormeus behauptete, daß ein Zauber über sie geworfen wäre; er verlangte eine Menge Geld dafür, sie davon frei zu machen, der Geldschneider. Ja, man hatte sein Päckchen zu tragen, das konnte man wohl sagen.

Die Sonne drang durch die Palmbblätter, mit denen das Laubdach gedeckt war, und zeichnete ein Streifenmuster auf den Boden. Eine Flasche Clairin und ein paar emaillierte Becher standen auf dem ungehobelten Tisch.

Pierrilli schenkte sich ein, goß ein paar Tropfen auf die Erde und schüttete den Rest auf einen Zug hinunter.

„Erst mal sehen, ob das wahr ist“, sagte er.

Er wischte sich den Mund mit dem Handrücken ab.

„Ja“, sagte er, „man muß erst einmal sehen, ob die Nachricht stimmt.“

Larivoire kippte seinen Stuhl zurück, mit der Rücklehne gegen einen Pfosten der Laube. Er kniff die Augenlider zusammen. Ueber der Savanne führte das Licht einen Tanz weißglühender Nadeln auf; es war unerträglich.

„Die Lüge ist wie Geld, das man auf Zinsen ausleiht. Es muß Gewinn bringen. Welchen Gewinn könnte Manuel davon haben zu lägen? Welchen Vorteil könnte ihm das eintragen?“

„Na, sie hätten doch Wasser für ihren Acker“, seufzte Termonfis.

„Und wir anderen können zusehen, mit trockenem Maul“, sagte Ismael.

Gervillen hockte auf seinen Fersen und sagte nichts. In seinen kleinen, eingesunkenen Augen glomm unter dem Schutz der Brauen ein bedrohliches Feuer.

„Sie haben Glück, die verfluchten Hunde“, murrte Josaphat.

Er hatte eben eine junge Negerin aus Mahotiere geheiratet. Seit zwei Tagen lebten sie in vertrocknetem Zwieback, den sie in Sirup tunkten. Marianna klagte nicht, aber sie war schweigsam wie ein

Schatten. Das war schlimmer als alle Vorwürfe.

„Nein“, rief Nerestan aus.

Er schlug aus aller Kraft mit der Faust auf den Tisch.

„Ich sage: Nein!“

Sein Atem keuchte. Sein Gesicht war schweißgebadet.

„Was, nein?“ fragte Larivoire und zog an seinen Barthaaren.

Nerestan setzte sich wieder.

Sprechen war nie seine starke Seite gewesen. Deshalb war er heftig wie ein wilder Stier. Was er nicht mit Worten ausdrücken konnte, das rief er dir mit der Faust unter die Nase. Seine Hände waren wie Waschwölzer, er konnte einen Mann blau färben ohne Indigo.

Sie schwiegen alle. Larivoires Kampfahn schlug mit den zimtfarbenen Flügeln und Krähte. Andere Hähne von den umliegenden Höfen antworteten ihm.

„Lieber Fonds Rouge verlassen“, sagte Josaphat, „als hier bleiben und zusehen, wie sie sich ihres Lebens freuen, während wir anderen weiter unser Elend fressen.“

„Dann willst du also an den Landstraßen von Tür zu Tür betteln gehen?“ grinste Luisime Jean-Pierre.

„Mein Garten trug wohlgezählte dreißig Sack Mais“, sagte Ismael. „Und Kartoffeln gab es genug, um die Schweine fett zu machen. Die Erde ist immer noch da, gute Erde, die nur ein bißchen Wasser braucht.“

„Ist das nicht, wie lange schon kein Regen gefallen ist.“

„Das ist alles unnützes Gerede“, unterbrach ihn Mauleon, „was sollen wir aber nun tun?“

„Es ist nichts zu tun“, sagte Josaphat mit entmutigtem Achselzucken.

„Seid ihr Menschen oder Hunde?“ Gervillen war aufgesprungen. Die Wut schüttelte ihn. Seine Augen sprühten Funken aus der Kohle seines Gesichts. Sein Mund war weiß von Schaum.

„Sitz da wie alte Weiber und betet den Rotenkranz eures Elends ab. Nicht ein einziger richtiger Kerl ist unter euch.“ Er spie voller Verachtung aus: „Kapaunenbande!“

Nerestan erhob sich. Er überragte Gervillen weit an Größe.

„Dazu hast du kein Recht, nein, kein Recht“, stammelte er.